

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefehlsgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 4. März 1920

Anzeigepreis: Vereins-, Vorbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfgehaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 26

Ernährungswirtschaft

Zur Sicherung der Volksernährung

Die Ausfuhrerhaltung und Wiedereinführung des deutschen Wirtschaftslebens, von der nicht zuletzt unsere Ernährung mit abhängt, ist höchstes Gebot. Deshalb muß überall, wo notwendig, mit Nachdruck durchgegriffen werden. Gegen das Loch im Westen, gegen die Schieber, in die auch Eisenbahnbeamte verwickelt sind, und gegen die Einfuhr überflüssiger Luxusgüter, wie ausländischer Weine u. ä., muß schärfer vorgegangen werden. All das vermindert das Zahlungslage und die Ernährungsnot der Arbeiterschaft. Von einer Erhöhung der Kohlen- und Agrarproduktion hängt aber alles ab. Fördern wir wieder mehr Kohlen, so können unsere Fabriken ausreichend beliefert, Waren gegen notwendige Lebensmittel ausgeführt und unsere Landwirtschaft mit künstlichem Dünger versehen werden, wodurch ihre Produktion gesteigert wird. Vieles könnte anders sein, wenn die Arbeiterschaft wenigstens dem Ententeimperialismus gegenüber einig sein wollte, der uns mit rücksichtsloser Gewalt den Lebensadern abzuschneiden will. Der inländische Kapitalismus und das Großagrariertum würden dadurch nicht minder getroffen.

In welcher Weise auf die neuen Entschlüsse des Reichswirtschaftsministeriums hin im kommenden Wirtschaftsjahre die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen ist, unterliegt noch der Erörterung. Die notwendigen Veränderungen sollen aber mit größtmöglicher Beschleunigung dem Reichstag und dem künftigen Ausschuss der Nationalversammlung vorgelegt werden. Dabei soll auch geprüft werden, inwieweit den Bevölkerungsschichten, deren Einkommensverhältnisse den zu erwartenden höheren Preisen nicht folgen können, die Mittel sichergestellt werden kann, die wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen. Es muß gefordert werden, daß weitestgehende Sicherung getroffen wird, denn es ist zu befürchten, daß der Lohn weit hinter der Preissteigerung für Nahrungsmittel und notwendige Gebrauchsgegenstände zurückbleibt.

An der Notlage der landwirtschaftlichen Produktion kann andererseits nicht vorübergegangen werden. Da wir jetzt, nicht minder auch für später, bezüglich der Ernährung in der Hauptsache auf uns selbst angewiesen sind, darf kein Mittel zur Förderung unverzagt bleiben. Der Raubbau während des Krieges sowie die teilweise fällige Bewirtschaftung bis in die jüngste Zeit und das Fehlen von Düngemitteln haben die Ertragskraft des Bodens gewaltig zurückgehen lassen. Gerade die steigenden Preise und Prämien haben den Rückgang nicht aufzuhalten vermocht, auch nicht die zunehmende Sabotage der Ackerparzellen von rechts, die aus Bodenindolenz gegen behördliche Maßnahmen guten Ackerboden unbarbar heben. Es ist damit schon weit gekommen, wenn sich schon der Janusgauer öffentlich damit brüsten kann, daß er wegen der täglich wechselnden Bestimmungen 500 Morgen unbestellt liegen gelassen hat. Immer ungelanter erheben die Reaktionen ihre Haupt, in die den früheren Balkumgruppen ein geeignetes Instrument gefunden zu haben glauben, um sich gegen die Maßnahmen der Regierung zur Sicherung der Volksernährung bis aufs äußerste zu wehren und schließlich ihre vollständige Herrschaft aufzurichten. Hier scheint Moske stark verlagert zu haben.

Politisch und auch wirtschaftlich bedeutet der Großgrundbesitz hiernach für Deutschland eine Katastrophe. Man könnte angesichts dessen zur Wegnahme oder sofortigen Sozialisierung aller Großbetriebe geneigt sein, aber die ist jetzt technisch undurchführbar. Nach Kaufkraft und maßgebenden einflussreichen Landwirten kann uns nur die Entwicklung dazu bringen. — Zunächst könne uns nur eine gute Landarbeiterordnung von Nutzen sein, die mit der notwendigen Kontrolle durch die Arbeiterschaft selbst durchgeführt würde. Gremialen müßten statuiert und in Fällen, wie bei dem Janusgauer, zur Entzweiung geschritten werden. Die Verpachtungen müßten verboten werden, da die Pächter fast ohne Ausnahme Raubbau treiben, wodurch der Ertrag bedeutend zurückgeht.

Die Förderung des Kleinbäuerlichen von 300 bis 500 Hektar und die Bekämpfung des großkapitalistischen, unübersichtlichen und unrentablen Landwirtschaftsbetriebes erscheint im übrigen am geeignetsten. Belegung des Großgrundbesitzes mit einer Progressivsteuer, wie in anderen Staaten üblich, wo man die wenig intensive Wirtschaft und das Fehlen von Individualität längst erkannt hat. Man unterstütze den genossenschaftlichen Bezug für Klein-

betriebe, die gewissenhaft besser nach Notwendigkeit die Zeit einteilen und disponieren können und daher produktiver sind. Angeht es der Futtermittelknappheit müßte der Viehstand, nicht das Futtermittel rationiert werden, da das Erhaltungslager, zumal beim Schweine, dem größten gefräßigen Konkurrenten des Menschen, weggeworfenes Geld ist. Im übrigen Förderung der Viehzucht, zumal der Schafe, da sie nur mit Wollfäden gefüttert werden und die Wolle gebraucht wird. Gutes Saatgut und ausreichende Düngemittel zu erschwinglichen Preisen sind notwendig. Ebenso Einführung von Futtermitteln und Einschränkung des Zuckerrübenbaues zugunsten von Kartoffeln und Getreide, und dafür Einführung des viel billigeren Rohrzuckers nach entsprechender Besserung der Valuta.

Aus Deutschlands eigenem Schoße können und müssen auch endlich all die Schätze gehoben werden, die zur Sicherung oder Besserung der Volksernährung beitragen können. Damit nichts vergeudet oder verdorben wird, muß der höchstmöglichen Ausnutzung und der sachgemäßen Aufbewahrung aller Nahrungsmittel mehr Beachtung geschenkt werden. Die Reformmüllerei, die während des Krieges und auch jetzt noch ausgeschaltet ist, muß wieder freigegeben werden, da das Brot (Vollkornbrot) von 94-prozentigem Reformmehl bekömmlicher und nährwertiger ist. Die Entwertung vollwertiger Nahrungsmittel durch Verarbeitungen in minderwertige Backwarenprodukte oder zu Genussmitteln muß durch entsprechende Gesetze bis aufs äußerste oder ganz eingeschränkt werden. Auch zur Vergrößerung der Anbaufläche hätte schon mehr gesehen können, wie es nun das Reichsleistungsgesetz, das die Umwandlung des bisher nur unvollkommen benutzten nicht-gemessenen Bodens (Moos- und Seehalbinseln, Wäldern und Wiesland) vorzusehen bestimmt. Auch muß geprüft werden, inwieweit die Privatforsten auf dem Großgrundbesitz, sofern sie nur Jagdwälder und keinen wirtschaftlichen Funktionen dienen (Einfluß auf die klimatischen Verhältnisse usw.), in Ackerboden umgewandelt werden können. Gerade wie die Holländer in der begonnenen Eroberung des Zudenjesses und andern Projekten ihre Inlanderzeugung erhöhen, so muß es deutscher Ingenieurkunst erst recht gelingen, ähnliche Projekte durchzuführen. Die Kultivierung der Lüneburger Heide, die entsprechende Verwertung der Geminde und anderer großer Truppenübungsplätze darf nicht mehr lange auf sich warten lassen. Im übrigen muß der Bodenertrag durch intensive Bewirtschaftung gesteigert werden. Daß der Boden wechselseitig zur Erholung brach liegen bleibt, wie es von Großagrariern geliebt wird, davon kann jetzt keine Rede sein.

All das selbst zugleich umfangreiche Arbeitskräfte und trägt mit dazu bei, die volkswirtschaftlichen Schäden infolge Arbeitslosigkeit zu mildern. Die Zeit drängt aber und sollte endlich zu durchgreifenden Maßnahmen veranlassen! Staat und Kommune halten es auf Grund der Notstandsparagrafen an der Hand, für nicht unbedingt notwendige Arbeiten Gelder zu bewilligen. Es ist daher unverständlich, daß dringende Arbeiten zur Sicherung der Volksernährung bisher so sehr vernachlässigt wurden. Man hole schleunigst nach!

Die Generaerverammlung des Landarbeiterversandes und die Firkuschau der Agrarier in Berlin.

Zwei für die Ernährungsfrage sehr bedeutungsvolle, aber stark gegensätzliche Tagungen fanden zu gleicher Zeit in der Woche vom 16. bis 20. Februar in Berlin statt.

Auf Seiten der Agrarier unter oberleitender Führung die größte Unvernunft, ein gegenteiliges Bestreben von dem, was zur Sicherung der Volksernährung notwendig ist. Sie waren anmaßend und frech der Regierung gegenüber, die sie als eine Regierung von Ackerbau und Schiebern bezeichneten (v. Balkmann). Sie verlangten, trotz aller bewilligten hohen Preise, Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung und wollen diese nötigenfalls mit Gewalt erzwingen. Grabgräber wollen sie hängen und dabei riefen sie nach dem Potsdamer Gesetz. Der Janusgauer verlangte sogar unter folendem Beifall das Kaiserium zurück, dessen Rechte (?) 30 Jahre lang Zug um Zug der Volksvertretung geopfert worden seien; er träumt vielleicht auch von seinen Vorhaben, die in der Raubritterzeit mit der Walfisch in der Hand das „Recht“ zum Ausbeuten des Volkes hatten. Ihnen scheint kein gangbarer Weg, der Kooperation zwischen Stadt und Land, empfahl Wangerheim, aber er betonte gleich, wenn nicht mit, dann ohne Regierung, und zog den Lauchhandel in Betracht. Das bedeutete aber den Krieg und keine Annäherung zwischen Stadt und Land, da die Arbeiter mit leeren Händen dastehen und

nichts einzufordern haben. Gegen die Landarbeiterschaft wurde scharf gemacht und von Wangerheim die Infiltration der sozialistischen Agitatoren verlangt. Der Rechtsparaktismus hat auf der Tagung wahre Triumphe gefeiert, und man muß sich wundern, daß die maßgebenden Instanzen auf Veranlassung der Regierung noch nicht eingegriffen haben.

Die Agrarier verlangen in einer umfangreichen Entschlüsselung: freie Beweglichkeit in den landwirtschaftlichen Betrieben, Ausgleiche der Erzeugerpreise an die all-gemeinwirtschaftlichen Verhältnisse, endgültige Aufhebung der vorläufigen Landarbeiterordnung, Abwälzung der Steuerlast von den landwirtschaftlichen Betrieben, Befreiung der Landwirtschaft von dem Betriebsrisiko. Die freie Beweglichkeit kann nur bedingt zugestanden, im übrigen muß alles verlagert werden.

Auf der Tagung der Landarbeiter, bei dem sogenannten „Angebot“ war wirkliches Verständnis für die Not unserer Zeit und mehr Vornehmheit zu beobachten, als bei den preußisch-pommerschen Großagrariern, die als „Edeleute“ die Bildung in Erbpacht haben, aber mit wenigen Ausnahmen als skrupellose Menschenhändler ohne Sitte und Moral bekannt sind. „Wir sind zum äußersten bereit, an der Sicherung der Volksernährung mitzuwirken“, sagte der Vorliegende, und die Verankerung war damit unverstanden. Ein Antrag auf Anerkennung des landwirtschaftlichen Massenstreiks im proletarischen Kampfe und der Achtstunden tag wurden wegen Unübersichtlichkeit und der katastrophalen Wirkung auf die Großstadtbevölkerung abgelehnt. Nach wie vor tritt aber der Vorstand so weit wie möglich für Verhütung der Arbeitszeit ein. Die Arbeitszeit soll auch die Frauenarbeit sein, ebenfalls nicht befristet, wohl aber geregelt werden. Aber den Landbau, daß Kinder unter 14 Jahren der Landarbeit vollständig ferngehalten werden sollen, kann man geistiger Meinung sein. Daß das Folgenderunwesen beseitigt und diese zu freien Arbeitern gemacht werden sollen, ist zu begrüßen.

Bezüglich der Tarifbewegung kam zur Sprache, daß die anfänglich schwierigen Abschlüsse mangels eines Gegenkontrahenten durch die Gründung eines Reichsverbandes der Arbeitgeber jetzt geregelter vorstatten gehen. Etwa 300 Tarifverträge kamen zustande, die jetzt wieder erneuert werden. In einer Resolution wandte man sich gegen das Verlangen der Agrarier, in der Landarbeiterordnung die „Höchsttarifzeit“ in „Normaltarifzeit“ und die Jahresstundenzahl von 2900 auf 3075 heraufzusetzen. Im Interesse der Volksernährung sollen Überstunden gegen entsprechende Bezahlung geleistet werden. Auch gegen Moske wurde in einer Entschlüsselung Front gemacht, der den Landarbeitern der Mark Brandenburg das Streikrecht entzogen hatte. Der Sozialismus wurde im Sinne Kaufmanns gedacht, für die die Aufstellung des Großgrundbesitzes in Bauernwirtschaften (wie es in Rußland tatsächlich geschehen ist) nicht wegberührt sei. Das Reichsleistungsgesetz wäre keine selbsterhebliche Tat; es seien Schlüssel, die sich wirtschaftlich nicht aufbauen ließen. Das Tarifsystem, von dem nur die Auswische zu bekämpfen seien, wurde günstig besprochen. Zur Ausschaltung des verurteilten Zwischenhandels müßten die Verbraucherorganisationen mit den Erzeugern in direkte Verbindung treten. Gegen die beispiellose Willkür und den Terror der Junker, wie beide drakonisch in Pommern unter dem Schutze holländischer Soldatenhorden nicht besser geübt werden konnte, und auch zur Mahnung an die Regierung, wurde folgende Entschlüsselung einstimmig angenommen: „Die Vertreter von etwa 65000 organisierten Land- und Forstarbeitern protestieren einmütig gegen die in den vergangenen Wochen vor allem in Pommern gegenüber Tausenden von Berufsgenossen und Verbandmitgliedern ausgeprochenen Verleumdungen, die von ihnen als ungehörliche Mahnungen betrachtet werden. Die Landarbeiterschaft ist sich stets der Bedeutung der Landarbeiterschaft für die Ernährungswirtschaft des deutschen Volkes bewußt gewesen. Sie weiß, daß die Wiedereinführung unfrei zusammengebrochenen Wirtschaftslebens die strengste Selbstdisziplin aller deutschen Arbeiter erfordert und hat dies im verflochtenen Jahre dadurch bewiesen, daß sie ihre eigenen Interessen stets hinter diejenigen der Gesamtheit des deutschen Volkes stellte. Sie gab in allen Verhandlungen mit den Unternehmern zu erkennen, daß sie bereit ist, für die gerechten Bedürfnisse der Landwirtschaft einzutreten und innerhalb der industriellen Arbeiterschaft wie der Gesamtbevölkerung Verständnis für die gegenwärtige schwere Lage der landwirtschaftlichen Betriebe zu weiden. Sie hat diese Haltung bis heute bewahrt, obwohl von Unternehmerseite alles getan wurde, um auf dem Rande

Das vorrevolutionäre Abhängigkeitsverhältnis wieder herzustellen. Die Vertreter der organisierten Land- und Forstarbeiter sind heute genötigt, eine letzte eindringliche Warnung an das Land- und forstwirtschaftliche Unternehmertum zu richten, das in seinem alten Herrenrolle fortzist, die einschneidenden Menschenrechte der Arbeiterklasse auf dem Lande zu mißachten. Sie erklären, niemals die Hand dazu zu legen, die Ernährung des deutschen Volkes zu gefährden, und unter voller Wahrung des ihnen wie der übrigen Arbeiterklasse verfassungsmäßig zugewandten Rechtes der Mitbestimmung im Arbeits- und Produktionsprozeß am Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft mitzuwirken. Sie müssen aber jede Verantwortung dafür ablehnen, wenn durch die von einem Teile der heutigen Besitzer des landwirtschaftlichen Bodens betriebene Katastrophenspolitik das deutsche Volk in seiner Ernährung noch mehr als bisher gefährdet werden sollte."

Das landwirtschaftliche Problem

Der Artikel des Kollegen Paul Gürb in Nr. 18 („Wo führt ein Weg aus Not und Elend“) ist an und für sich gut. Nur darf man einen Vergleich mit der Gegenwart nicht anstellen, denn da bekommt die ganze Sache ein anderes Aussehen. Paul Gürb führt u. a. aus: „Tüchtige Landwirte haben selbsteigentlich, das heißt sachgemäßer Behandlung des Bodens, bei Ausrichtung der Landwirtschaft mit Maschinen, bei zeitlicher Belieferung mit Stallmistdünger, bei entsprechender sachlicher Ausbildung der Bauern, durch gleichzeitiger Behebung der Leutenot auf dem Lande, durch Zubehormachung brachliegender kahlblühender Arbeitskräfte sowie durch großzügige Siedlungsgelegenheit für Arbeiter, die in der Industrie zukünftig ihr Auskommen nicht mehr finden werden, der deutsche Boden das für die Ernährung des deutschen Volkes benötigte Quantum Lebensmittel hergibt.“

Das ist ganz gut und schön, aber gegenwärtig undurchführbar. — Es wäre lieber gewesen, diese tüchtigen Landwirte hätten ihre Tüchtigkeit auf produktives Arbeit gerichtet. Was soll jetzt die Landwirtschaft mit Maschinen ausrüsten, wo es an Rohstoffen fehlt und jedes Fertigsachpack bei dem niedrigen Stand unserer Danks in das Ausland verkauft wird? Woher den Stickstoff nehmen, der ebenfalls unter jetzigen Verhältnissen sehr schwer zu beschaffen ist? An der sachlichen Ausbildung fehlt es unseren Landwirten auch nicht, nur an Material, um ihre Kenntnisse praktisch durchzuführen. Und warum nicht denn die ganze Siedlungsangelegenheit auf Schwierigkeiten? Weil es keine Baumaterialien gibt und solche nur bei ganz unerwünschten Preisen zu haben sind, so daß es für die in Frage kommenden Siedler zu teuer wird. Will den Reichszuschüssen zu solchen Zwecken gibt man auch sehr sparsam zu.

„Doch jetzt kommen wir zum Kern der Sache. Und da muß ich auch auf folgenden Satz des besprochenen Artikels aufmerksam machen: „Er ist nicht Bahnlamm: auf dem Lande herrscht Leutenot, es kommt nicht die ganze Kartoffelernte eingetraget werden, und hunderttausende Arbeitslose liegen in den Großstädten.“ Es ist nicht nur, daß die Arbeitslosen in der Landwirtschaft beschäftigt werden. Sie wollen auch Lohn haben. Brauchen ihn auch. Nicht jeder aus der Großstadt hat Arbeitslosigkeitskarte, die sich für die Landwirtschaft eignen. Sondern sie müssen sich solche erst bei den jetzt unerwünschten Preisen kaufen. Doch auch das wäre noch zu überwinden, wenn nur die selbsteigende Lohnfrage nicht wäre! Nicht Mangel an Arbeitskräften, sondern die erhöhten Ausgaben an Lohn sind es, die die Landwirte von der Einstellung weiterer Arbeitskräfte zurückhalten. So ist es auch mit der Kartoffelernte gewesen. Nicht an Leuten oder Zeit hat es gefehlt, sondern an der Opferwilligkeit von Seiten der Landwirte. Sie alle scheuten die Mehrausgabe an Lohn und verzichteten sich lieber die Frühbrühpämie, so daß sie zur Kartoffelernte überhaupt keine Zeit hatten. Allerdings darf man das auch nicht verallgemeinern. Ein kleiner Wirtschaftsbauer muß jede Arbeit zu seiner Zeit machen. Viele haben sich auch die Frühbrühpämie nicht holen können.

Man muß sich unwillkürlich fragen, wie so ein Präzedenzfall in den Rahmen eines demokratischen Staates paßt. Nun wird man mir entgegen, daß sich wohl mehr Arbeitskräfte einstellen lassen, indem man die Mehrausgaben an Lohn auf die Erzeugnisse schlägt. Das würde Preissteigerung und wiederum neue Lohnforderungen zur Folge haben, womit uns nicht geht.

Ein Weg aus den gegenwärtigen Verhältnissen besteht nur insofern, als daß die Herren Arbeitgeber die Ausgaben, die durch Mehrereinstellung von Arbeitskräften entstehen, aus ihren Privatmitteln bestreiten. Doch dazu wird sich schwerlich jemand finden, und wir werden uns in gegenwärtiger Lage wohl oder übel dem Schicksal anvertrauen müssen.

Dresden.

Franz Seidel.

Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht

Krankenversicherung

Nach dem § 214 der Reichsversicherungsordnung verbleibt Versicherter, die wegen Erwerbslosigkeit aus der Kasse ausscheiden, der Anspruch auf die Regelleistungen der Kasse, wenn der Versicherungsfall während der Erwerbslosigkeit und binnen drei Wochen nach dem Ausscheiden eintritt. Voraussetzung hierfür ist

aber, daß der Versicherte in den letzten zwölf Monaten mindestens sechszwanzig Wochen oder unmittelbar vorher mindestens sechs Wochen versichert war, also entweder während dieser Zeiten derselben Kasse oder auch zusammen mehreren Kassen angehört hätte.

Über den Begriff „Erwerbslosigkeit“ tauchen nun häufig Streitfragen auf, weshalb etwas näher darauf eingegangen werden soll: Erwerbslosigkeit ist das Fehlen einer sich einermachen bezahlten, gesetzlich erlaubten Beschäftigung. Wodurch der Beschäftigungsmangel eintritt, ist gleichgültig, auch eines großen Verschuldens, sogar vorläufige Herbeiführung kann vorliegen, z. B. Streik. Durch den Streik wird nach einem Urteil des Obersten Justizrat Kahn (Berlin-Sehndorf) in der Zeitschrift „Betriebskrankenkasse“, 12. Jahrgang, Nr. 12, das zwischen Unternehmer und Arbeiter bestehende Beschäftigungsverhältnis nicht gelöst, da der Wille des Arbeiters beim Eintritt in den Streik nicht darauf gerichtet ist, das Beschäftigungsverhältnis zu lösen, sondern es zu ändern bzw. besser zu gestalten. Auch der Umstand, daß eventuell für die Streiklage kein Lohn gezahlt wird, ändert nichts daran; denn es genügt, wenn ein Beschäftigungsverhältnis gegen Entgelt anzunehmen, wenn vor und nach der Unterbrechung der Arbeitsleistung eine dem Arbeiter die Erfüllung der Vertragspflicht ermöglichende Lohnzahlung stattfindet.

Nach diesen Ausführungen von Kahn würde beim Streik nicht einmal ein Erbrechen der Mitgliedschaft eintreten.

Da es aber fraglich ist, ob sich die Krankenkassen allgemein hieran richten, auch damit gerechnet werden muß, daß die Unternehmer beim Streik die Arbeiter bei der Krankenkasse abmelden, sei auf eine Entscheidung des Preußischen Oberverwaltungsgerichts vom 14. März 1907 hingewiesen. Die in Betracht kommende Krankenkasse weigerte sich nämlich, für einen während des Streiks Erkrankten einzutreten. Die Kasse begründete ihren ablehnenden Standpunkt damit, daß das Mitglied nicht „infolge einseitiger Erwerbslosigkeit“ aus der Kasse ausgeschieden sei, es vielmehr in erwerbsfähigem Zustande freiwillig seine Mitgliedschaft beizubehalten Beschäftigung niedergelassen habe. Das Oberverwaltungsgericht gab zwar zu, daß zu dem Begriffe der „Erwerbslosigkeit“ nach dem Sprachgebrauche häufig das Merkmal des Unfreiwilligen gehöre, daß aber im § 28 des Krankenversicherungs-gesetzes (jetzt § 214 der RVO.) unter „Erwerbslosigkeit“ jeder Mangel einer gegen Entgelt stattfindenden Beschäftigung ohne Rücksicht auf seine Ursache zu verstehen ist, und daß dazu namentlich auch die selbstverschuldete Erwerbslosigkeit gehöre, habe das Oberverwaltungsgericht von jeder Annahme, nach einer weiteren Entscheidung des Preußischen Oberverwaltungsgerichts vom 1. November 1906, daß „Erwerbslosigkeit“ nicht „nicht“, aber, wenn nur die Streikunterbrechung weiter gezahlt wird.

Bei der Ausperrung liegen die Rechtsverhältnisse nach Kahn im allgemeinen ebenso wie beim Streik. Nur, wenn eine Ausperrung erfolgt, um die Entlassung gewisser Personen auch gegen den Willen der Gesamtheit der Arbeiterklasse durchzuführen, müsse hinsichtlich dieser Personen das Beschäftigungsverhältnis mit dem Tage der Ausperrung als beendet angesehen werden, weil eben der Wille des Unternehmers darauf hinausgehe, das Beschäftigungsverhältnis in diesen Fällen zu lösen. Ist nun das Arbeitsverhältnis gelöst, dann hat der aus der Arbeit Ausgeschiedene nach § 313 der RVO. das Recht, vor Ablauf von drei Wochen nach dem Ausscheiden sich als freiwilliges Mitglied in einer beliebigen Lohnkasse bei der Krankenkasse anzumelden, falls dies nicht seitens der Gemeinde auf Grund der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge geschieht. Während der Versicherte nach § 214 nur Anspruch auf die gesetzlichen Regelleistungen hat, stehen ihm nach § 313 im Falle der Weiterversicherung die vollen sachgemäßen Leistungen zu. Da heute Streiks und Ausperrungen vielfach ausbrechen bzw. vorgenommen werden, mögen die vorstehenden Ausführungen beachtet und danach verfahren werden.

In dem von Kahn erwähnten Urteil in der „Betriebskrankenkasse“ geht Verfasser auch auf den Aufbruch ein und bemerkt dazu, daß die Teilnahme von Versicherter an den Wahlen der Sparkassen rechtlich als eine schuldlose Beteiligung an Schlägereien und Kaufhändeln angesehen werde. Soweit sich also Versicherter infolge der Teilnahme an parlamentarischen Wahlen krankheitszuleiden, hätten sie hinsichtlich dieser keine Ansprüche gegen die Krankenkasse. Andererseits müßten aber die Krankenkassen in den Fällen, in denen Mitglieder anlässlich der Wahlen ohne ihr Verschulden Schaden erleiden, dafür aufkommen. Soweit solche Mitglieder dann auf Grund des Unfallschadengesetzes Anspruch gegen die Gemeinden hätten, könnten die Krankenkassen ihre Aufwendungen von der Gemeinde gemäß § 1542 der RVO. ersetzt verlangen. Was den Begriff des „Kaufhändeln“ und der „Schlägerei“ noch anbelangt, so ist dieser einem in R. A. K. H. K. H. übergebenen Streit mehrerer Personen voraus. Nach einer Entscheidung des Preußischen Oberverwaltungsgerichts vom 28. September 1895 ist dies dann völlig ausgeschlossen, wenn Beamten Widerstand geleistet wird und diese hierauf in Ausübung ihrer Amtsgewalt zu Körperverletzungen schreiten, um den Widerstand zu überwinden. Auch darin, daß jemand einen Polizeibeamten, der einen andern verhaften wollte, in den Säbel gefaßt und sich dadurch die Hand verletzt hat, ist der Selbsthand einer Beteiligung an einer Schlägerei oder an einem Kaufhandel nicht gegeben, selbst wenn der

Betreffende den Polizeibeamten damit bestraft hat, daß er ihn zum Fenster hinauswerfen wollte (Pr. O. V. O. vom 15. April 1907).

Im jedoch nicht mit dem Strafgesetze in Berührung zu kommen und sich auf alle Fälle vor Schaden zu bewahren, ist es schon besser, man hüte sich vor einer Beteiligung an Wahlen oder an Schlägereien und Kaufhändeln.

Hamburg.

M. Güntherberg.

Von der Tarifausschüttung

Die drei Tage lang geführten Verhandlungen sind leider resultatlos verlaufen, da über die Erhöhung der Teuerungszulage keine Einigung zu erzielen war. Die Gehilfenvertretung ist darauf an das Reichsarbeitsministerium herangezogen mit dem Eruchen, ein Schiedsgericht einzusetzen. Dieses trat am andern Tage zusammen und schloß am 15. April einen Schiedspruch, der fangemäß folgendes besagt:

Folgende Teuerungszulage ist zu zahlen:

In großen und lauren Orten 60 Mk. wöchentlich

In mittleren Orten 55 „ „

In kleinen Orten 50 „ „

In ähnlichen Orten für jedige Gehilfen 5 Mk. weniger.

Die seit 1. Januar gültige Brot- und Kartoffelzulage im Betrage von 10 Mk. für Verheiratete und von 5 Mk. für Ledige wird bei obigen Summen eingerechnet und kommt bei der ersten Monatszahlung in Verrechnung.

Die Teuerungszulage ist zu zahlen in drei Raten, und zwar in gleicher Größe.

Die erste Rate ist zahlbar ab 1. März l. J., die zweite Rate ab 15. März l. J. und die dritte Rate ab 15. April l. J.

Der Schiedspruch kann mit 14tägiger Frist gekündigt werden.

Die Parteien haben spätestens in einer Woche mitzuteilen, ob sie den Schiedspruch nicht anzuerkennen wollen. Nichtbenachrichtigung gilt als Ablehnung.

Am fünften Tage (2. März) trat der Tarifausschuss wieder zusammen. Die Prinzipalvertretung erklärte, daß sie den Schiedspruch nicht anzuerkennen vermöge. Die Kollegenchaft wird nun dringend ersucht, Ruhe zu bewahren und sich nicht durch die Meinungen zu lassen. Die Verhandlung wird sofort Abbruch mit der Gehilfenvertretung herbeiführen und die angeforderten Anordnungen treffen.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Ordnung. Die erste diesjährige Bezirksversammlung fand am 25. Januar in Duisburg-Aubroer hall. Sie war von einem angenehmen und ruhigen Verlauf. Besucht war sie von 120 Kollegen, und zwar von Duisburg 55, Mülheim 26, Aubroer 16, Oberhausen 15, Kamborn 8. Vorländer Rudolf Walecki gedachte nach Begrüßung der Erbsenenen zunächst der im Laufe des vergangenen Jahres durch Tod uns entlassenen Kollegen, deren Andenken durch Erheben von den Sigen geehrt wurde. Unter Punkt „Gesellschaftliches“ teilte der Vorländer mit, daß ab 1. Februar der Kohalaufschlag für den ganzen Bezirk auf 17½ Proz. erhöht werde. Infolge härterer Inanspruchnahme der Bezirkskasse sei die Erhöhung des Bezirksbeitrags von 1 auf 5 Pf. pro Kopf und Woche notwendig geworden. Infolge der schwierigen Verkehrsverhältnisse habe die Bezirksversammlung im letzten Quartal ausfallen müssen. Auf Grund der neuerdings eingetretenen erheblichen Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel habe, so führte Kollege Walecki weiter aus, der Verbandsvorstand sich mit dem Parlament und dem Deutschen Zuchtvereiner in Verbindung gesetzt, um einen Ausgleich zwischen Lohn und Teuerung zu schaffen. Die Kollegen werden deshalb gebeten, das Ergebnis abzuwarten und von einem Vorgehen in dieser Sache Abstand zu nehmen. Kollege Hellmann hat die Kollegen, für die Organisation der Hilfsarbeiter, wo dies noch nicht geschehen, Sorge zu tragen. Dann gab der Vorländer den Jahresbericht. Nach einem Rückblick auf das vergangene Jahr führte er den Kollegen in eindringlichen Worten die Aufgaben und reiche Arbeit der kommenden Zeit vor Augen. Dem Jahreskollegenbericht schloß Kollege Walecki. Zum folgenden Punkte wurden die Anträge zur Generalversammlung durchberaten. Eine lebhafte Debatte löste der Antrag Aubroer-Oberhausen aus, der eine Änderung der Beitragskalkula verlangt und die Aufnahme der Neuzugeworbenen in den Verband von der Ablegung der Gehilfenprüfung abhängig machen will. Der Antrag wurde schließlich zurückgezogen zugunsten eines Antrags Hellmann (Mülheim), der besagt, daß an allen Orten paritätische Delegationsvereine und Gehilfenprüfungs-Kommissionen zu bilden sind, die die einzuliefernden und die ausgearbeiteten Beiträge zu prüfen haben. Auf Grund des vorstehenden Auswahlsatzes konnten einige zur Beratung ge-

wünschte Angelegenheiten nicht besprochen werden. Beim letzten Punkte wurde die Auffassung der Kandidaten zur Generalversammlung vollzogen. Die Versammlung erklärte einstimmig für die Kollegen Albrecht und Bertram (König) sowie Paletski (Dulburg).

Hr. Glogauer. Am 10. Januar fand hier eine außerordentliche Versammlung statt, in der unser Vorsitzender Fiedler (Breslau) über die Gausortierkonferenz und die Tarifabschlussfrage referierte. Im interessanten Vortrage gab er der Versammlung einen Überblick über die Verhandlungen. Reicher Beifall wurde ihm am Schlusse zuteil. Außer den Glogauer Kollegen waren aus dem Bezirke vertreten Gogau, Grünberg, Gührau und Steigau. — Am 24. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Nach glatter Erledigung der Tagesordnung wurde zur Vorstandswahl geschritten. Als Vorsitzender wurde Kollege Hauschild und als Kassierer Apollon Fricke gewählt.

Abt. Akt. Für die am 1. Februar aberaumte Monatsversammlung hatte der Vorstand einen Vortrag des Abgeordneten K. Schäfer: „Was bringt das Betriebsrätegesetz den Buchdruckern?“, vorgelesen. Diese Tagesordnung gab zunächst Veranlassung zu lebhaften Meinungsäusserungen, doch besetzte der Vorsitzende, daß es die Absicht des Vorstandes war und ist, zuerst die Lohnfrage unter „Geschäftlichen“ zu behandeln. Nach einigen internen Angelegenheiten gab Kollege Rots das Ergebnis der auf der Grundlage der Beschlüsse der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zustande gekommenen Beschlüsse des Tarifamtes bekannt, wonach ab 1. Januar den ledigen Beschlüssen eine wöchentliche Zulage von 5 Mk., den verheirateten von 10 Mk. zu gewähren ist zum Ausgleich für die erhöhten Karstoff- und Brotpreise. Da der Tarifabschluss bereits Ende Februar zummentrefflich empfahl er den Kollegen, auf dem nunmehr angebahnten Wege weiterzukommen und legte die Gründe dar, die gegen ein erwünschtes frühes Vorgehen sprechen. Der Vorstand versprach im weiteren den Standpunkt, daß für die neuunterzeichnete Lohnaufstellung rückwirkende Kraft ab 1. Februar zu fordern ist, und daß sie in Zukunft sich automatisch mit den Preiserhöhungen selbst regulieren. Die Tarifgemeinschaft ist in ihrem Kern gut, aber zu schwerfällig; sie müsse beweglicher gestaltet werden, damit bei den Preisverhältnissen rascher Rechnung tragen könne. Die Diskussion war sehr lebhaft und die lange Liste der Redner zeigte in erschöpfendem Maße, daß ein Teil der Kollegen für den tariflichen Weg, ein anderer für frühes Vorgehen war. Kollege Albrecht wies darauf hin, daß ein frühes Vorgehen die jetzt zur Einlösung gelangende Sozialzulagerhöhung für viele Orte gefährden würde, ferner erklärte er, daß wohl schwerlich eine Rückwirkung ab 1. Februar zu erreichen sein würde. Es würde aber keine ganze Kraft anfallen, um eine Gleichstellung mit den übrigen Arbeitern zu erreichen. Nachdem noch weitere Redner das Wort ergriffen, kam es zur Abstimmung, und die Zweifel erhoben wurden, zur Auszahlung. Der Vorstandsbeschluss (b. h. Einholung des tariflichen Weges) wurde mit geringer Mehrheit angenommen. Über die Höhe des zu Fordernenden war man sich zunächst nicht einig. Vorschläge des Vorstandes auf 50 Proz. Erhöhung und 75 Proz. aus der Versammlung wurden abgelehnt, dagegen der Antrag auf 100 Proz. Lohnzulage angenommen. Zur Verbandsgeneralversammlung war ein Antrag der Maschinenhersteller eingelaufen: „Der Verbandsvorstand zu beauftragen, daß letzterer in Verbindung mit dem Reichsarbeitsministerium eine einheitliche Regelung der Sonntagsarbeit im Buchdruckgewerbe für das ganze Reich herbeiführt, und zwar in der Weise, daß die Herstellung der sogenannten Montagsausgaben nicht vor Montagmorgen 6 Uhr bzw. bei Feiertagen am folgenden Arbeitstage nicht vor 6 morgens beginnen darf. Diefem Antrage stimmte die Versammlung zu. Der Vorsitzende kam dann auf den Zeitartikel in Nr. 4 des „Tsp.“ zu sprechen, in welchem die Gauseinigungsbeiträge bei der Beaufichtigung der Arbeitskraft verlangt, u. a. auch für Akt., wo ihre Mitgliederzahl (30—35) dieses Verlangen rechtfertige. Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß wir keine Veranlassung hätten, diese Herren in den Sattel zu heben. Infolge anderweitiger Benutzung des Saales mußte hierauf die Äußerst erregte Versammlung geschlossen werden.

Anna. Der „Kellweger Angelei und Votz“, der im Verlage der Firma G. W. Kubers in Anna i. W. erscheint, konnte in diesen Tagen auf sein 75jähriges Bestehen zurückblicken. Aus Anlaß des Festtages überreichte die Firma gelegentlich einer kostbaren Feste dem gesamten Personal Gedächtnisse im Betrage von 50 bis 300 Mk. Besonders anerkennenswert ist, daß die Firma sogar zwei Witwen von vor ein bis zwei Jahren verstorbenen langjährigen Angestellten mit je 250 Mk. bedachte.

Wehler. Am 24. Januar fand unsere erste Hauptversammlung statt, in welcher der Jahresbericht über das verfllossene Jahr eingegesehen wurde. Die im Laufe des vergangenen Jahres gewährten Feuerungszulagen wurden zwar anerkannt, doch kam einstimmig zum Ausdruck, daß sie in Anbetracht der großen Preisverhältnisse als viel zu gering betrachtet werden müßten. Auch die Mittelung, daß wir vom 1. Februar d. J. an Stelle der bisherigen 5 Proz. nun 7½ Proz. Vorkaufschlag bekommen, konnte keine Befriedigung hervorrufen, wurde es doch als selbstverständlich angesehen, daß wir mit Gleichen unbedingt gleichgestellt werden müßten, da Wehler doch nach innerhalb der 15-km-Zone liegt und ebenso wie Gleichen 12½ Proz. erhalten muß. Einstimmig wurde beschlossen, zu der in Aussicht stehenden

tarifrevision dahin zu wirken, daß diese Ungerechtigkeit wieder ausgeglichen wird. Nach Entgegennahme des Klassenberichts wurde unser langjähriger Kassierer, Kollege Renz, einstimmig Entlastung erteilt. Es wurde sodann ein neuer Vorstand gewählt, und zwar als Vorsitzender Kollege Straß und als Kassierer Kollege Grünwald. Zum Schluß wurde noch angeregt, auch am hiesigen Ort eine Betriebsprüfungscommission zu bilden und des Hieren in Kollegenkreisen technische und andre Vorlesungen abzuhalten.

o o o Rundschau o o o

Geschäftsbericht des Tarifamtes für 1918. Der Abdruck des Geschäftsberichts kann wegen des Umfanges in den Organen der Tarifgemeinschaft nicht erfolgen. Sein Inhalt ist für die Mitglieder der Tarifgemeinschaft aber von großem Interesse, und es steht deshalb eine Anzahl Exemplare des Geschäftsberichts käuflich zur Verfügung. Preis pro Exemplar 60 Pf. einschließlich Porto. Zu beziehen durch das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.

Statistik des Tarifamtes. Das Tarifamt hat dem Tarifauschusse bei seiner letzten Verhandlung eine Statistik vorgelegt, die im Dezember 1918 aufgenommen wurde. Alles Wissenswerte aus dem tariflichen Arbeitsverhältnis ist in der Statistik enthalten: die Lohnverhältnisse, die Gehaltszahl, das Kollege der Bezahlung, die Entlohnung der Hilfsarbeiter, die Fortzahlung während u. d. d. in einer Reihe von Tabellen eingehend Darlegung erhalten. Bestellungen sind bei dem Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, auszugeben. Das Exemplar der Statistik kostet 1,25 Mk. bei portofreier Zustellung.

Für einen Kriegsbefähigten. Für das Kontor einer Druckerei in Weiba (Thüringen) wird ein Kriegsbefähigter Gelehrter gesucht. Anfangskenntnisse in Buchhalterischer stenographie erforderlich. Deswilligen Handchrift. In Buchführung wird der Betreffende ausgebildet. Stellung nur für Bediende, da Verheiratete keine Wohnung finden. Bewerber wollen sich vorher an das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, wenden.

Buchdrucker in Mecklenburg Diensten. In Oderan (Sachsen) wurde Kollege Dymal diese in den Schulauschuss gewählt. — Als Schöffen wurden in Bochum ausgestellt Jakob Szapota, Paul Kiska; ferner als Schöffen zum Wuchergericht Robert Schmachtenberg und Hermann Lorenz. — In Stadterodungen wurden gewählt in Düren Karl Böhm und Joseph Schneider. (Weiteres in weiteren zum unbedolten Betriebsberichtsbericht.) — In der Gewerkschaft von Hildesheim bei Döhren wurden gewählt Hans Bausen und Karl Klages.

Zur Regelung der Papierformate. Angeregt durch die Arbeiten des Normenausschusses der deutschen Industrie, wurde vom Deutschen Buchdruckeramt die Bildung eines Normenausschusses für das graphische Gewerbe unter Leitung des Herrn Otto Küberlitz (Leipzig) veranlaßt. Dieser Ausschuss hat die Aufgabe, durch Vereinbarungen und durch Aufstellung von Normen für Materialien, Maschinen und Arbeitsweisen auf allen Gebieten der Erzeugung desjenigen Vorteils und Erparnisse zu erzielen, zu denen die ungenügende Verwertung aller Rohstoffe und Materialien sowie die Steigerung der Arbeitsleistung und aller sonstigen Herstellungskosten gebietet. Die Tätigkeit des Normenausschusses für das graphische Gewerbe hat sich bis jetzt im wesentlichen auf die Festlegung von Normen für die Papierformate erstreckt, wobei in enger Gemeinschaft mit dem Normenausschuss der deutschen Industrie gearbeitet worden ist, der für Geschäftsformate, technische Zeichnungen, Verlagsvordrucke usw. Normenformate festzusetzen im Begriffe stand. Es ist eine fernere Aufgabe des Normenausschusses für das graphische Gewerbe, die Bewegung einseitlich und so zu gestalten, daß alle beteiligten Geschäfts- und Berufsvereine die größtmöglichen Vorteile von der Normierung der Papierformate erlangen. Es soll keinerlei Zwang hinsichtlich der Einführung der Normformate ausgeübt werden, wie es sich auch nicht darum handelt, Normen für fertige Gegenstände (Bücher usw.) aufzustellen. Im wesentlichen kommt es darauf an, Normen für die Elemente, die Grundbestandteile der graphischen und buchgewerblichen Erzeugnisse einschließlich der Geschäftsdruckereien zu schaffen, was darauf hinausläuft, einige wenige Bogenformate zu bestimmen, die so gestaltet sind, daß sie allen Zweckmäßigkeitsanforderungen genügen. Dadurch ergibt sich ganz von selbst eine Vereinfachung der fertigen Gegenstände in dem Maße, wie sie erzwungen sein kann und praktisch erreichbar ist. In einer Mitte Februar in Leipzig abgehaltenen Sitzung des Normenausschusses für das graphische Gewerbe wurde der Bericht der im November vorigen Jahres eingesetzten Studienkommission aufgegeben. Die beauftragt war, die Einführung des Dtmwaldschen Wellformats in die Wege zu leiten. Diese Kommission konnte die ihr gestellte Aufgabe nicht lösen, weil sie zu der Überzeugung kam, daß die zwischen je zwei Klassen des Dtmwaldschen Wellformats bestehenden Unterschiede ganz bedächtig verringert werden müßten durch Einhaltung von drei weiteren bestimmten Formaten. In der erwähnten Leipziger Sitzung wurde die Annahme der vier Normformate beschlossen. Im weiteren soll nun zunächst ermittelt werden, welche Normformate für die verschiedenen Geschäftsdruckereien, insbesondere Prospekte, Preislisten und Kataloge, vorzuschlagen sind, damit diese zunächst mit hohen

Kosten hergestellten Druckereien in ihren Formaten in weit vereinfacht werden, daß sie bei den Empfängern mit dem Geschäftsformate aufbewahrt und somit ihrer Bestimmung auf längere Zeit erhalten werden können, als das bei der jetzigen Unklarheit hinsichtlich der Formate der Fall ist. Nachdem nunmehr Normenformate ermittelt sind, sollen sich die Normierungsarbeiten auch noch auf andre Eigenschaften der Papiere (Gewicht, Stoffzusammensetzung, Färbung usw.) erstrecken. Der im allgemeingewerblichen Interesse liegende Vorschlag des Normenausschusses wünschen wir vollen Erfolg.

Zur Schnürdreherischen Bezahlung. Unser Gewährsmann schreibt dem „Korr.“ zu der Aufforderung in Nr. 23: Herr Schnürdreher sagt, daß er den Lehrlingen 4 bis 6 Mk. am Heiligabend ausgeben ließ, diese nach oben „abgerundet“ hat und noch 1 bis 2 Mk. mehr gezahlt habe. Entweder war das die nachträgliche Zahlung der von Prinzipalverein beschlossenen und den Mitgliedern „empfohlenen freiwillig“ gezahlten Lohnverhöhung der Woche vor Weihnachten oder das Ganze eine Gratifikation zu Weihnachten von 5 bis 8 Mk. Der Betriebsleiter erklärte aber den Lehrlingen, es wäre die nachträgliche Zahlung der Lohnverhöhung und die 1 bis 2 Mk. mehr wäre Weihnachtsgeld. Zu 2: Kein Lehrling habe dieses Geschenk zurückgewiesen. Das ist richtig; die gegenseitige Angabe beruht auf einem Irrtum. Zu 4: Der verstorbenen Kollege war von etwa 1887 bis 1897 in jedem Jahre zum Abrechen bei der Firma tätig. Von etwa 1897 bis 1918 war er dann dauernd bei der Firma beschäftigt. 1918 wurde er invalide. 1917 hat er dann, als es ihm nicht gut ging, wieder gearbeitet bis Ende 1918. Als die ersten aus dem Archive heimkehrten, läßt er das Arbeitsverhältnis wieder auf. Den Hinweis auf die Gratifikation, die an die in gehobener Stellung befindlichen Schichten gezahlt wird, hätte sich Herr Schnürdreher erlauben können und bedenken sollen, daß die älteren Meister, die dabei in Frage kommen (25 Jahre da beschäftigt), bei angestragener Tätigkeit einen Betrag über Minimum erhalten, den ich im Interesse des Geschäfts und um Schluß mit den Erwidnungen zu machen, lieber nicht nennen will. Beim letzten Weihnachten kann man gerade noch von einer Gratifikation sprechen, Weihnachten 1918 aber war gerade eine Lohnverhöhung von 20 Mk. in Kraft getreten. Wiederm im Interesse der Firma lese ich davon ab, die „Böhe“ der Gratifikation zu nennen, die den Betreffenden dann noch gezahlt wurde.

Neues Organ für Kriegsbefähigte. Am 1. Januar d. J. gründete die Wirtschaftliche Vereinigung der Kriegsbefähigten und Kriegshinterbliebenen, Dortmund (K. V.), zur Vertretung ihrer Interessen ein wöchentlich einmal erscheinendes eigenes Organ. Diese Zeitung wird als offizielles Organ des Provinzialverbandes der Kriegsbefähigten und Kriegshinterbliebenen Westfalens (K. V.), Sitz Dortmund, den gesamten etwa 80000 Mitglieder des Verbandes zugänglic gemacht.

Offenes Stellen für gewerkschaftliche Arbeiter. Für den Ortsauschuss Mesau (Oberlausitz) wird zum 1. April ein Gewerkschaftssekretär gesucht. Es wird auf eine erste Kraft reflektiert. Er muß in allen Fragen des Arbeiterrechts bewandert sein, mehrjährige freigeberliche Mitgliedschaft nachweisen, agitativerische und organisatorische Fähigkeiten besitzen sowie rechtlich befähigt sein. Gehalt nach den Sätzen des Vereins Arbeiterpreise mit den örtlichen Feuerungszulagen. Bewerbungen mit kurzem Lebenslauf, selbstgeschriebener Aufzählung über Aufgaben und Pflichten eines Gewerkschaftssekretärs unter Aufschrift „Bewerbung“ bis zum 18. März 1920 an Gustav Köhler, Mesau (Oberlausitz), Reudnitz. — Der Ortsauschuss Görlitz hat einen Sekretär. Erforderlich ist rechtliches Talent, organisatorische und agitativerische Gewandtheit sowie Kenntnis in der Arbeiter- und Gewerkschaftsorganisation. Bewerbungen, aus der die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hervorgeht, bis zum 15. März an Paul Wirt, Görlitz, Tullnstraße 8. — Für das Arbeitersekretariat Stuttgart wird zu möglichst baldigem Eintritt ein tüchtiger, erfahrener Arbeitersekretär, eventuell ein Gewerkschaftssekretär gesucht. Er muß auch imstande sein, die Arbeitersekretäre bei Vertren und sonstigen Verbindungen zu vertreten. Bewerbungen müssen ihren Bewerbungen eine Probearbeit über die Aufgaben eines Gewerkschaftssekretärs beifügen. Sämtliche Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung und des frühesten möglichen Eintrittstermins an Hermann Saarer, Stuttgart, Wablenstraße 3.

Die befristete „Freiheit“. Den Unterschied zwischen Theorie und Praxis in Parteibestrebungen empfinden naturgemäß die darin Beschäftigten am stärksten, und die Buchdruckergehilfen im besondern wissen ein Liedchen davon zu singen. Während in der Theorie jede Arbeiterforderung als berechtigt hingestellt wird, chauf es in der Praxis oft ganz anders aus, weil eben Wollen und Können mit der Wirklichkeit nicht immer in Einklang zu bringen sind. Ein kleines Beispiel dafür: Die Neuköllner Zeitungsträgerinnen der Berliner „Freiheit“ trafen vor kurzem in den Urlaub. Sie hatten an dem Verlag die Forderung gestellt, den bisherigen Solohn von 95 Mk. von hundert Exemplaren und Monat auf 125 Mk. zu erhöhen. Gleichzeitig verlangten die Frauen, daß ihnen ihre Forderung ab 1. Februar d. J. bezahlt werde. Wie die „Freiheit“ mitteilte, konnten diese Forderungen nicht bewilligt werden. Der Verlag war bereit, ab 1. März, zu welchem Termin er eine Lohnenerhöhung vornimmt, den Zeitungsträgerinnen 130 Mk. pro Monat zu bezahlen. Während die Zeitungsträgerinnen der übrigen Bezirke sich mit dieser Regelung einverstanden erklärten, trafen die Neuköllner Trägerinnen zur Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Forderungen in den Streik. Um den Letzern der

„Freiheit“ trotz des Strelkes die Zeitung zu kommen zu lassen, hat die Expedition in zahlreichen Partikelokalen Abholstellen eingerichtet.

Nachrichten für Ein- und Auswanderer. In den Nachrichten über Argentinien als Auswanderungsziel spielt namentlich das Iogenanische Chaco Argentinens eine bedeutende Rolle. Wichtig ist auch, daß das Land sehr viel Platz für Kolonisten bietet und daß die argentinische Regierung bereit ist, dort Kolonisten anzusiedeln. Es ist aber ebenfals richtig, daß gerade dieser Landesteil sich zur Kolonisation für deutsche Auswanderer gar nicht eignet, und zwar wegen seines ausgesprochen tropischen Klimas. Außerdem können arme Auswanderer dort überhaupt nicht siedeln. Zunächst muß jeder Einwanderer 50 Goldpesos vorzeigen können, des weiteren muß er erhebliche Aufwendungen machen, um die nötigen Anschaffungen beschaffen zu können. Er bedarf zum Anfang wenigstens 10000 Papierpesos, d. h. nach dem heutigen Stande der Mark ungefähr 23000 Mk. Dazu kommen die Kosten für Überfahrt, die sich pro Person im Zwischendeck auf 5000 bis 6000 Mk. belaufen. Man kann daher dem Kapitänleutnant a. D. Berg durchaus zustimmen, wenn er in einem Reisebericht aus Argentinien sagt, „daß eigentlich nur wohlhabende Leute so viel aufbringen können, um in Argentinien arme Kolonisten zu werden“.

Verchiedene Eingänge

„Schweizer Graphische Mitteilungen.“ Monatschrift für das graphische Kunstgewerbe. 38. Jahrgang, 44. Jahrgang 1920. Redakteur und Herausgeber August Müller in St. Gallen.

Briefkasten

M. M. in Krefeld: Haben Ihre Anfrage der Zentralkommission der Schriftgießer überland, die direkt antworten wird. — G. A. in G.: Die unfrankierte Drucksache ging vor der Karte ein, sonst wäre ihre Annahme nicht verweigert worden. Immerhin ist aus der Zusammenhang völlig klar: die „Neue Zeitung“ kann die vor geraumer Zeit erhaltene moralische Obsequie nicht vermindern. Frst. Grub. — H. A. in Dresden: Gütliche Aufnahme. — H. B. in G.: Auch Ihr Brief kommt post festum, so daß Aufnahme nicht ausgeht werden kann. Abfragen selbst über Gutsbeil. — G. B. in H.: 1,20 Mark. — G. H. in Br.: Ich Ende voriger Woche verschickt. — M. D. in W.: Wird wunschgemäß erledigt.

Verbandsnachrichten
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamskoplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Bezirk Barmen. Der Seher Otto Gerhards aus Streppel bei Glaswipper wird hierdurch aufgefordert, sich behufs Wahrung seiner im Verband erworbenen Rechte

umgehend mit dem Kassierer David Bob, Schwerinstraße 8, in Verbindung zu setzen.

Berichtskalender

Mecherleben. Versammlung Sonnabend, den 6. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Kaiserhof“.
Niederbach. Cessfeld-Galkenfeld. Versammlung Sonnabend, den 6. März, abends 7 1/2 Uhr, in der „Augustusruh“.
Zochum. Bezirksversammlung Sonntag, den 21. März, nachmittags 3 Uhr, im Restaurant Gullas Ganzen in Zochum, Marienstraße 42. Anträge sofort an den Vorsitzenden.
Gera. Versammlung Freitag, den 5. März, abends 6 1/2 Uhr, in der „Dobroslawischen Turnhalle“.
Leipzig. Maschinenlehreversammlung Sonntag, den 7. März, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Volksklub“, Seiler Straße 32.
Magdeburg. Maschinenmehlgenerationsversammlung am Freitag, den 5. März, abends 7 Uhr, im „Bodenleiner“.
— Sternopetersburg und Galvanoplastikerversammlung (Gau für die Gegend) Sonntag, den 7. März, vormittags 11 Uhr, im „Gulenberg“, Neußader Straße.
Mainz. Maschinenmehlgenerationsversammlung Sonntag, den 7. März, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Gulenberg“, Franziskanerstraße.
Merseburg a. d. S. Versammlung Sonnabend, den 13. März, abends 7 1/2 Uhr, in der „Guten Quelle“.
Weinzierle a. S. Versammlung Sonnabend, den 13. März, im „Volksklub“. Die regelmäßigen Monatsversammlungen finden in Zukunft jeden vierten Sonnabend im Monat statt, erstmalig am 24. April.

Leipzig!

Alle Kollegen werden ersucht, in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung recht zahlreich in der am 5. März stattfindenden Gaimitgliederversammlung zu erscheinen. 1896 G. H.: Hofmann, Lehmann, Böhler.

Motivenjahrbuch „Synograph“ Serie 3, neuere Ausgabe. Auerbachsches Verlags- und Buchhandlungsbureau in Leipzig. In der Herstellung von selbstgemachten Drucksachen. In der Herstellung von selbstgemachten Drucksachen. In der Herstellung von selbstgemachten Drucksachen.

Tüchtiger Lokalredakteur

Wir unsere täglich erscheinende „Freie Presse“, Organ der Sozialdemokratischen Partei, für möglichst sofort gesucht. Selbiger muß auch in Organisation und Redaktion erfahren sein und rednerische Befähigung besitzen. Angebote mit Gehaltsforderungen und Datum des frühesten Eintritts an „Freie Presse“, Nordhäuser, Grimmeallee 31. 1897

Monolinefeger

zuverlässige Leute, sucht U. A. Kurbesen, Hamburg 3, Neuer Steinweg 3/5.

Maschinenmeister

Wir Maschinenarbeiten, der auch im Aufreparieren erfahren ist, in Dauerstellung gesucht. U. S. Bankau, Bochum.

Arbeitersekretär gesucht

Das Gewerkschaftsamt Kaiserstraße 10 sucht zum sofortigen Antritt einen Arbeitersekretär. Reflektiert wird auf erste Kraft, die mit den Aufgaben eines Arbeitersekretärs vertraut ist und Befreiungen vor Behörden und Gerichten wahrnehmen kann. Rednerische Befähigung unbedingt notwendig. Die Befreiung erfolgt auf Grund der Bedingungen des Vereins Arbeiterpresse mit Zeugniszeugnissen oder nach Vereinbarung. Zusätzliche Dienstreise können angerechnet werden. 1893 Bewerbungen sind bis längstens 1. April an U. S. Bankau, Kaiserstraße 10, Dirmalerstraße 28, einzureichen.

Jüngerer Seher

in allen Sprachen bewandert, aber noch in ungeklärter Stellung, sucht sich zum 1. April zu verändern. Angebote bitte zu richten an Oskar Döhring, Kuhle i. Th., Marienstraße 25.

Seher (langjähriger Faktor)

sucht Vertrauensstellung in kleiner Druckerei Sachsens oder Thüringens. In Zeugnisse. Gest. Offerten erbeten an Hermann, Eisenberg, Oberstraße 43 I.

Jüngerer, erfahrener Seher

(perfekter Spezialist und Stenograph) sucht in Dresden oder Umgebung event. wenn erwünscht, leitende Stellung. Gest. Angebote erbeten an F. B. bei Reymann, Dresden, Börsenstraße 6 III links.

Musiknotenfeger

ein aus dem Elsass vertriebener Deutscher, auch in andern Sprachen gut bewandert, hauptsächlich jedoch in Deutsch, sucht in Berlin, Potsdam, Magdeburg, Barmen oder Sachsen, doch nicht Bedienung, baldig Stellung, viel leicht auch als Korrektor. Angebote mit Lohnangaben erbeten an 1842 H. Müller (bei S. Schenke), Montezug (Schweiz), Wendenstraße 22.

Musiknotenfeger

ein aus dem Elsass vertriebener Deutscher, auch in andern Sprachen gut bewandert, hauptsächlich jedoch in Deutsch, sucht in Berlin, Potsdam, Magdeburg, Barmen oder Sachsen, doch nicht Bedienung, baldig Stellung, viel leicht auch als Korrektor. Angebote mit Lohnangaben erbeten an 1842 H. Müller (bei S. Schenke), Montezug (Schweiz), Wendenstraße 22.

Musiknotenfeger

ein aus dem Elsass vertriebener Deutscher, auch in andern Sprachen gut bewandert, hauptsächlich jedoch in Deutsch, sucht in Berlin, Potsdam, Magdeburg, Barmen oder Sachsen, doch nicht Bedienung, baldig Stellung, viel leicht auch als Korrektor. Angebote mit Lohnangaben erbeten an 1842 H. Müller (bei S. Schenke), Montezug (Schweiz), Wendenstraße 22.

Musiknotenfeger

ein aus dem Elsass vertriebener Deutscher, auch in andern Sprachen gut bewandert, hauptsächlich jedoch in Deutsch, sucht in Berlin, Potsdam, Magdeburg, Barmen oder Sachsen, doch nicht Bedienung, baldig Stellung, viel leicht auch als Korrektor. Angebote mit Lohnangaben erbeten an 1842 H. Müller (bei S. Schenke), Montezug (Schweiz), Wendenstraße 22.

Schriftgießer

für Komplexmaschine (Foucher) und Schnellguss (Böttcher) wünscht sich zu verändern. Gest. Anträge unter „F. W. 828“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Brandenburgischer Maschinenlehreverein

in Berlin Sonntag, den 7. März, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Dönhofsstraße 2.

Monatsversammlung

Tagesordnung: 1. Berichtsmitteilung. 2. Wahl einer Geschäftsprüfungskommission. 3. Neuannahmen. 4. Verschiedenes. Die Monatsversammlung treffen sich um 9 Uhr im Kochzeitsaal, die Synographen ebenfalls wie üblich. 1886 Mitteilungs, pünktliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Rudruder-Maschinenmeisterverein zu Dresden

Sonntag, den 7. März, vormittags 10 Uhr, im „Volksklub“, Schützenplatz, Saal II.

Versammlung

Vortrag der Technischen Kommission: „Praktisches Arbeiten an der Rollenmaschine“ verbunden mit Ausstellung von Musterarbeiten. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Suche zu kaufen:

ältere Jahrgänge Fachzeitschriften. Briefe mit Preisangabe inkl. Frachtkosten erbeten an S. Bante, p. A. Goudek, Amsterdamer (Holland), Wagenaarstraat 145.

Maschinenband

Friedensqualität, liefert 1340 Bayer & Wolf, Düsseldorf, Drei-Wolfs-Straße 112.

Musikinstrumente

aller Art hervorragende Güte Max Dörfel, Klingenthal i. S. Preisliste gratis.

Die Schwarzkunst

Preis 2 Mark. Doppelt so viel, zu bester von Wendlers Buchverlag Braunschweig, Schanzengasse 20. Postfachkonto Hannover 23426.

Festschreiber

vom Buchdruckerlängere Tag in Krefeld 1913 sind noch zum Preis von 1,50 Mk. einchl. Porto zu haben. Bestellungen an den 1. Vorsitzenden des M. G. B. „Gulenberg“ Joh. Wagner, Krefeld, Krefeld, Puffstraße 1.

Graphische Werkzeuge

sowie sämtl. Spezialwerkz. f. Maschinenmeister empfiehlt in bester Qual. Kollege M. Bohl, Leipzigerstr. 11, Papiermühlstraße 5 II. Preisl. grat. u. fr.

Für die Gehilfenprüfung

empf. geeignete Fachlehrbücher. Graph. Verl. A. Clegel, München 9. Katalog 25 Pf.

Verpäfte!

An den Folgen des Weltkrieges verschied nach langem Leiden in einem klagelosen unter lieber Kollege, der Maschinenfeger

Emanuel Rathmann

aus Gejas i. Schl., im Alter von 47 Jahren. Er war ein lieber Mensch, dem mehr Glück im Leben zu gönnen gewesen wäre. Wir werden ihn nicht vergessen. Schließlicher Maschinenfegerverein (St. Breslau).

Am 9. Februar verstarb unser

liebes Mitglied, der Maschinenmeister

Georg Kirchner

im Alter von 38 Jahren. Durch die tödliche Grippe verloren wir am 19. Februar noch den Maschinenmeister

Karl Seidelbach

im Alter von 25 Jahren. Ein dauerndes, ehrendes Andenken bewahrt ihnen. Der Verein Berliner Buchdruckmaschinenmeister.

Am 25. Februar verschied nach

kurzem, schwerem Leiden unter lieber Kollege, der Schriftgießer

Hans Dreher

im Alter von 38 Jahren. Wir werden sein Andenken allezeit in Ehren halten. Berlin, den 28. Februar 1920. Das Personal der Firma Wolfrah & Apel.

Am 19. Februar verstarb plötzlich

nach ganz kurzem Kranksein unser wertiges Mitglied, der Synographfeger

Karl Effling

im Alter von 36 Jahren. Wir werden seiner stets ehrend gedenken. Vereiningung d. Maschinenfeger für den Gau Frankfurt-Bessen. Frankfurt a. M.

Nach kurzer Krankheit

verstarb unser Mitglied: der Seher

Artur Zwisse

aus Elberfeld, im Alter von 24 Jahren; der Drucker

Karl Born

aus Bergbahren, im Alter von 45 Jahren; der Drucker

Bernhard Wiggins

aus Köln, im Alter von 37 Jahren; infolge eines Unglücksfalls der Korrektor

Emil Flatow

aus Bromberg, im Alter von 41 Jahren. Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren. Ortsverein Köln.

Am 14. Februar verstarb durch

einen Unglücksfall unser lieber Kollege, der Korrektor

Emil Flatow

aus Bromberg, im Alter von 41 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm. Die Verbandskollegen der „Mühlheimer Zeitung“, Aßin-Mühlheim.

Am 7. Februar verschied nach

schwerem Leiden unser wertiges Mitglied, der Drucker

Robert Conrad

aus Berlin, im 55. Lebensjahr; am 10. Februar der Drucker

Mar Leopold

aus Hamburg, im 25. Lebensjahr; am 23. Februar der Drucker

Wlois Wiser

aus Traunstein, im 33. Lebensjahr; am 24. Februar der Prinzipal

Otto Bergeest

aus Altona, im 56. Lebensjahr. Wir werden in den Reihen der Verbandskollegen und treue Mitglieder, deren Andenken stets in Ehren gehalten wird. 1892 Maschinenmeisterverein Hamburg-Altonaer Buchdrucker.

Am 25. Februar verstarb unter

lieber Kollege, der Seher

Jakob Knuth

aus Galling, im 53. Lebensjahr. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm. Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Hierdurch die Inaugural

feier, daß unser lieber und langjähriger Verbandskollege, der Faktor, Herr

Jakob Chr. Knuth

am 25. Februar 1920 plötzlich durch den Tod aus unserer Mitte gerufen wurde. Wir werden ihm stets ein dauerndes Andenken bewahren. Die Kollegen der Buchdruckerei Chr. Adolff, Altona-Ottensen.

Am 28. Februar verstarb nach

längerer Krankheit unser lieber Kollege, der Seher

Ludwig Richter

aus Menburg (Wefer), im Alter von 74 Jahren. Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahrt. Bremer Buchdruckerverein.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 27 — Leipzig, den 6. März 1920

Reaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Das Buchgewerbe im Auslande

Österreich. In gemeinsamen Kartellberatungen haben der Reichsverband österreichischer Buchdruckereibesitzer und der Verein österreichischer Steindruckereibesitzer auf Ersuchen der Verbände sämtlicher graphischer Arbeiter am 18. Februar beschlossen, ab 1. März zu den bisherigen Bezügen neue Feuerungszulagen zu gewähren. Diese gelten allgemein für alle in den graphischen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im gesamten Staatsgebiete. Ohne Abstriche nach Ortsklassen und Altersstufen ist man auch in Österreich nicht ausgekommen, obgleich dort das graphische Gewerbe im Vergleich zu Deutschland einen wesentlich geringeren Umfang aufweist. Niederösterreich (mit Wien) hat die höchsten Feuerungszulagenhöhe auszuweisen. Sie betragen:

	Ortsklasse I	II	III
im ersten Gehilfenjahre (A) . . .	45.—	51.—	60 Kr.
bis z. vollendet. 23. Lebensjahre (B) . . .	60.—	68.—	80 "
nach vollendet. 23. Lebensjahre (C) . . .	97,50	110,50	130 "

Siemnach werden in Wien alle Gehilfen der Lohnklasse C und die Höherenlohnabnehmer ab 1. März, also erstmalig gabbar am 6. März, eine wöchentliche Zulage von 130 Kr. erhalten, die Gehilfen der Lohnstufe B eine solche von 80 Kr., jene der Lohnklasse A von 60 Kr. Das ergibt in der Stufe C ein Minimum von 450 Kr., in der Stufe B von 350 Kr., in der Stufe A von 270 Kr., oder eine Erhöhung des Gesamtlohns in der Stufe C von rund 40 Proz., in der Stufe B von rund 29 Proz. und in der Stufe A von 28 Proz. In Niederösterreich beträgt die Erhöhung in der Stufe C 110,50 Kr. oder 38 Proz., in der Stufe B 68 Kr. und in der Stufe A 51 Kr., und zwar für alle Gehilfen der Lohnklasse II, in der Lohnklasse I in der Stufe C 97,50 Kr., in der Stufe B 60 Kr. oder in der Stufe A 45 Kr. In Oberösterreich beträgt die Erhöhung in der Lohnklasse II, Stufe C 97,50 Kr., in der Stufe B 60 Kr., in der Stufe A 45 Kr., in der Lohnklasse I, Stufe C 78 Kr., in der Stufe B 48 Kr., in der Stufe A 36 Kr., mithin ist beispielsweise in Linz in der Stufe C das Minimum 387,50 Kr., ein Abschlag von 25 Proz. von der Wiener Zulage. In Salzburg, Linz und Kärnten beträgt die Erhöhung in der Klasse II, Lohnstufe C 84,50 Kr., in der Stufe B 52 Kr., in der Stufe A 39 Kr., dann in der Klasse I in der Lohnstufe C 71,50 Kr., in der Stufe B 44 Kr., in der Lohnstufe A 33 Kr.; mithin das Gesamteinkommen z. B. in Salzburg oder Innsbruck oder Klagenfurt in der Lohnstufe C 374,50 Kr., eine Erhöhung um 29 Proz. In Steiermark beträgt die Erhöhung in der III. Klasse in der Stufe C 110,50 Kr., in der Stufe B 68 Kr., in der Stufe A 51 Kr., in der II. Klasse in der Stufe C 97,50 Kr.; mithin das Gesamteinkommen in Graz, Stufe C 420 Kr., um 36 Proz. mehr als früher. Diese Zuschläge gelten allgemein für alle Sparten gleichermäßen. Demgemäß erhöhen sich die etwaigen Überstunden, Berechnende Setzer erhalten um die angegebenen Beträge höhere Feuerungszulagen.

Die Verhandlungen gestalteten sich, nach einem Berichte des Wiener „Vorwärts“, wie immer lo auch diesmal unfruchtlich und schwierig. Die Prinzipalvertreter führten zahlreiche Gründe ins Feld, die nach ihrer Meinung darzulegen sollten, wie sehr es ihnen darum zu tun sei, Entgegenkommen zu bewiesen, soweit ihr Können dazu ausreiche. Löhne wären im Betriebe das dauernde Bestehende; sie seien von der Kundenschaft nicht heranzubringen wie etwa die Papierpreise. Selbstverständlich fehlten auch die Hinweise auf den Zusammenbruch des Gewerbes infolge des mangelnden Kapitals und auf den Rückgang der Arbeitsleistungen nicht. Die Gehilfenvertreter bezeugten den Einwendungen mit nicht wenigen treffenden und drastischen Hinweisen auf die schlimme Notlage der österreichischen Gehilfenschaft und erläuterten dabei, wie die Betriebskosten durch die Löhne am geringsten festliegen seien. Die nicht ruhige Lage der Unternehmer wurde zwar anerkannt, aber sie habe doch keinen Vergleich aus mit der viel schlechteren Lage der Arbeiter. Geschädigt wurde, wie in Wien 350 Buchdrucker zur Volkswehr und 160 zur Stadtschutzmannschaft gegangen seien, viele andre zur Straßbahn usw., um nicht arbeitslos zu werden, und wie solches Abwandern aber eine Grenze habe, weil ein Buchdrucker nicht land- oder forstwirtschaftlicher Arbeiter werden könne. Würden die Unternehmer unangenehm bleiben, so werde mit den Arbeitern wohl auch das ganze Gewerbe zugrunde gehen. Die Zustände seien geradezu aufreizend. Die Löhne in andern Berufen wurden wiederholt angezogen, selbst in Gewerben ohne Konjunktur gebe es bessere Löhne, die Buchdrucker seien die Parasiten. Wenn es schließlich gelang, durch beiderseitiges Entgegenkommen die drohende Krise des Abbruchs der Verhandlungen zu umgehen, so war dafür auf Prinzipalfseite die Erwägung der mancherlei geschäftlichen Nachteile im Fall eines Kampfes maßgebend, und auf Gehilfenseite der fragwürdige Ausgang eines Lohnkampfes unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen.

Der Gedanke, die Gewerkschaften „zeitgemäß“ umzugestalten zu „revolutionären Kampforganen“, spielt ebenso wie in Deutschland auch im benachbarten Österreich. In logenamtlichen freien Buchdruckervereinigungen, in denen freilich andre Berufsarten weit zahlreicher vertreten sind als Buchdrucker, suchen die Verkünder der neuen Weltanschauungen über die Gewerkschaftsbewegung ihrem gepöbelten Herzen Luft zu machen. Aber eine derartige Verarmung lösen wir in einer der letzten Nummern des Wiener „Vorwärts“, das ein Kollege Steinhardt dort über zünftige Verhältnisse referierte, die ihm als rollig und erst ebenswert erschienen. Nebenbei — so hieß es in dem Bericht — gab es ein Luftgeleht mit den „Gewerkschaftsbesonnen“ und bürokratischen Parteiführern, obwohl der Referent leimergelt nur durch eine plöbliche Erkrankung vor dem graulichen Schicksal bewahrt blieb, selbst ein solcher „Bonz“ resp. Bureukrat zu werden. Was uns an dieser Notiz besonders interessierte, war der Name des Referenten, in dem wir den folgenagten Kollegen Karl Steinhardt (früher in Hamburg) vermuteten. Unre Vermutung bestätigte sich, wie wir durch Nachfrage in Wien erfuhren. Aus einem ihm von Hamburger Kollegen gemeldeten Nekrolog in Nr. 118 des „Vorw.“ des vorigen Jahrgangs ging hervor, daß Kollege Steinhardt in Rumänien von einer aufgeregten Volksmenge erschlagen worden sei. Diese Angabe, die auf einer Notiz der „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ beruhte, war jedoch unzutreffend. Steinhardt war vielmehr in Rußland und mehrere Monate in Rumänien als Lenin-Anhänger gefangen, wo es ihm schlecht erging. Immerhin kehrte er wohlbehalten zurück und schwingt nun, wie schon früher, in Wien die Fahne des Kommunismus. Als berechtigt Vertreter idealistisch-schwärmerischer Anschauungen ist er als Delegierter auf verschiedene Generalversammlungen unfres Verbandes weiteren Kollegenkreisen bekannt geworden. Also: „Sei lewe! noch!“

Ungarn. Dem jetzt wieder einer strengen Zensur unterstellten Verbandsorgan „Typographia“ der ungarischen Kollegen die Nummer vom 20. Februar weist etwa fünf leere Spalten auf ist zu entnehmen, daß die Bucharbeiter in Budapest am 2. Februar gültige neue Feuerungszulagen mit den karstellierten Unternehmern des graphischen Gewerbes vereinbart haben. Das Aberteinkommen legt Zuschläge in fünf Stufen in der Höhe von 30 bis 50 Kr. auf die Wochenlöhne fest, und zwar erhalten die Arbeiter mit den mindesten Grundlöhnen die höchsten, die höher Entlohnnten niedrigere Zulagen; Arbeiter mit 140 Kr. Grundlohn z. B. erhalten auf die bestehende Zulage noch 50 Kr. Hilfsarbeiterinnen bekommen 25 Kr., Hilfsarbeiter 30 Kr. Zulage. Die Arbeitszeit ist für Gehilfen acht, für die Hilfsarbeiterzeit achteinhalb Stunden pro Tag. Die bisher in zwei Zelle gestellte Arbeitszeit kann wegen der Verkehrsschwierigkeiten durchlaufend abgewandelt werden. Die Mittagspause muß aber eine halbe Stunde betragen. Das Verbandsorgan fordert zur Einhaltung der tariflichen Bestimmungen ausdrücklich auf. Die deutsche Beilage „Gutenberg“ der ungarischen „Typographia“ ist seit längerer Zeit bereits eingestellt.

Dänemark. In dem seit 1. Juli 1919 geltenden Tarif für die Provinz Dänemarks war die Bestimmung enthalten, daß für jede konstante Steigerung von 3 Proz. der Lebensverhältnisse eine weitere Zulage von einer Krone wöchentlich gewährt werden sollte. Die Gehilfen haben diese Bestimmung so auf, d. h. sobald einwandfrei eine Steigerung festgestellt ist, dann auch die Erhöhung einzutreten habe. Es fanden verschiedene Verhandlungen mit den Prinzipalpalen statt. Diese stellten sich auf den Standpunkt, daß es bisher nicht möglich gewesen sei, von Staatlichen Departement die Steigerung festgesetzt zu bekommen. Da darüber erst am 1. Februar 1920 Bestimmung getroffen würde, müßten die Gehilfen diesen Zeitpunkt abwarten. Im November fanden dann in verschiedenen Orten gemeinschaftliche Kundgebungen statt. Es glückte aber der Forderung, einen Ausstand zu vermeiden; die Kundgebungen wurden zurückgezogen und die Sache nun dem Schiedsgericht überwiesen. Am 24. Januar trat dieses zusammen und gab den Prinzipalpalen recht mit ihrer Auffassung der Feuerungsbestimmung. Am 16. Februar fand dann eine gemeinschaftliche Sitzung der beiden Organisationsstellen statt und man einigte sich auf folgender Grundlage: Da das Staatliche Departement am 12. Februar eine weitere Steigerung des Feuerungsprozentsatzes von 110 auf 142 festsetzte, hat, ist eine weitere Feuerungszulage von 10 Kr. wöchentlich zu zahlen. Die erste Auszahlung erfolgte in der Woche vom 6. bis 13. Februar.

Island. Einem Briefe des Vorsitzenden des isländischen Typographenvereins aus Reykjavik entnehmen wir interessante Angaben über die Organisations-, Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Buchdrucker auf Island, der dänischen Insel im nördlichsten Atlantischen Ozean. Die isländischen Buchdrucker haben eine eigene Organisation und stehen merkwürdigerweise mit dem dänischen Verbands nicht in Verbi dung. Die erste Druckerlei auf Island wurde im Jahre 1535 von dem katholischen Bischof von Arafon, der am 7. November 1550 zu Skálholt hingerichtet wurde, zu Skólar in Nord-Island gegründet. Bis spät ins 18. Jahr-

hundert hinein gab es nur diese Druckerlei im ganzen Lande. Dann aber wurde eine andre auf der Insel Krappthaus Leben gerufen, die später mit der ersteren vereinigt wurde, die seit ihrer Gründung zwar Privatbesitz war, doch als eine offizielle Staatseinrichtung betrieben wurde, bis sie zu Anfang des 19. Jahrhunderts obllig in den Besitz des Landes überging. Im Jahre 1875 wurde sie wieder Privatbesitz ihres Betriebsleiters. Im Jahre 1882 wurde eine neue Druckerlei in Akureiri, der zweitgrößten Stadt Islands, gegründet und seit 1874, als Island zum Teil eigene Verfassung erhielt, hat sich die Zahl der Druckerleien in der Weise vermehrt, daß gegenwärtig im ganzen Lande, das ungefähr 30000 Einwohner zählt, etwa 12 Buchdruckerleien bestehen — vier davon in der Hauptstadt Reykjavik, unter welchen wieder die Druckerlei „Gutenberg“, eine Aktiengesellschaft ihrer Arbeiter, die größte ist —, welche zusammen etwa 70 Gehilfen beschäftigt. Es bestehen im Buchdruckgewerbe auf Island drei Organisationen: eine Gehilfensorganisation („Hlió islonszka prontarmiojokvonna“), die im Jahre 1897 mit neun Mitgliedern gegründet wurde und jetzt eine Mitgliederzahl von 92 hat, eine Hilfsarbeiterinnenorganisation („Félag islonszka prontarmiojokvonna“), im Herbst 1918 ins Leben gerufen, und eine Unternehmernorganisation („Félag islonszka prontarmiojokvonna“), die am 28. Dezember v. J. gegründet wurde und zehn Druckerleien repräsentiert (die beiden übrigen Druckerleien sind jetzt außer Betrieb). Diese drei Organisationen haben nach einer wochenlangen Arbeitseinleitung am 7. Februar d. J. einen Vertrag geschlossen, worin sich Bestimmungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse finden. Die dem Vertrag gemäß beträgt die Arbeitszeit neun Stunden täglich (was seit 1. Januar 1921 auf eine achttündige Vereinbarung vom 1. Januar 1921 an eine achttündige werden. Die ersten vier Überstunden werden mit 35 Proz., die Arbeit an Sonn- und Feiertagen mit 55 Proz., Nachtarbeit mit 100 Proz. Zuschlag bezahlt. Die Arbeiter behalten ihre Löhne im Krankheitsfälle für 12 Tage jährlich, wenn die jedesmalige Krankheitsdauer nicht sechs Tage dauert; auch haben sie Anspruch auf einen Sommerurlaub in der Dauer von einer Woche bei voller Bezahlung. Die Minimallohne der Setzer und Drucker im ersten Gehilfenjahre betragen 91 Kr. 84 Öre, der älteren Gehilfen 99 Kr. 40 Öre; die Minimallohne der Maschinenleher sind nach sechsjähriger Ausbildung, sofern sie 5500 Buchstaben pro Stunde fertigen, 114 Kr. 52 Öre pro Woche. Die Minimallohne der weiblichen Hilfsarbeiter betragen 42 Kr. Berechnende Setzer sollen für 1000 Buchstaben nach dem Alphabet 1 Kr. 86 Öre erhalten, aber in der Welt arbeitende Gehilfen gibt es nicht mehr in der Praxis auf Island.

Nach der tariflich festgesetzten Bezahlungsstufen kommen auf ein bis zwei Gehilfen ein Lehrling, auf 3—5 Gehilfen zwei Lehrlinge, auf 6—9 Gehilfen drei Lehrlinge, auf 10—14 Gehilfen vier Lehrlinge, auf 15—20 Gehilfen fünf Lehrlinge und auf über 20 Gehilfen sechs Lehrlinge. Die Entlohnung der Lehrlinge beträgt im ersten Lehrjahre 20 Kr., im zweiten Lehrjahre 25 Kr., im dritten Lehrjahre 30 Kr. und im vierten Lehrjahre 35 Kr. pro Woche. Es muß der Hoffnung Ausdruck verliehen werden, daß nunmehr sowohl das internationale Buchdruckerlehrertarifs als auch die einzelnen Verbände in regen Verkehre mit unsrer isländischen Bruderorganisation treten werden, zumal der Verbandsvorsitzende, Kollege Hallbjörn Hallbjörn, der deutschen Sprache vollkommen mächtig ist. Damit wäre wieder ein weiterer Schritt zur internationalen Buchdrucker-solidarität getan.

Rumänien. In Bukarest befinden sich infolge von Lohndiskrepanzen die Buchdrucker u. d. die Hilfsarbeiter im Ausstande, so daß die Tagesleistungen mit geringen Ausnahmen ihr Erhalten einstellen mußten. Als Ersatz erscheint ein gemeinsames Organ.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

C. B. Arnberg. In der Generalversammlung des Ortsvereins am 17. Januar wurde der gesamte Vorstand mit einer Ausnahme wiedergewählt (Vorstand: Hermann Küther, Kassierer: E. Demmel). Zur Hilfsaktion für die darbenenden Österreicher wurden vorläufig 60 Mk. aus der Driska bewilligt. Aus dem trefflichen Jahresberichte des Vorsitzenden ist mit Befriedigung festzustellen, daß die tariflichen Verhältnisse am Orte nichts zu wünschen übrig lassen. Es ist der bliesigen Kollegen-schaft, sämtlich Verbandsmitglieder, durch einmütiges Zusammenwirken auf dem Wege zunaehorster, freiwilliger Vereinbarung gelungen, das früher unverrückbar feststehende Minimum zu überwinden. Während die Firma G. W. Becker infolge dessen schon seit Mitte des Jahres bis 4 Mk. mehr bezahlt, erreichten auch die Kollegen der Druckerlei Th. Wöpperling im Berichtsjahr eine höhere Bezahlung von 3 Mk. Im vergangenen Herbst wurde in beiden Druckerleien durch freie Vereinbarung eine Bezahlung schon nach 7 1/2 Lokalschlag statt 5 Proz. erzielt; zusammen also ein Mehr von etwa 7 bis 10 Mk., gewiß ein günstiges Resultat freier Verhandlungen. Im

Raufe des Jahres haben sich die letzten drei Nichtmitglieder unter D. Gamila'ro angeschlossen, so daß jetzt sämtliche hiesigen Kollegen dem Verband angehören. Das gewerkschaftliche Leben an unserm O. I. ist durch die erfolgte Gründung eines Gewerkschaftsvereins erfüllt und gesichert. Unter verehrter Kollege Karl Hagen konnte im Oktober sein 50jähriges Berufsjubiläum begehen. Die „Westfälische Tageszeitung“ (Verlag G. W. Becker) hat am 1. Januar als Opfer der Zeitverhältnisse ihr Erscheinen einstellen müssen, wodurch leider sechs Kollegen arbeitslos wurden.

yr. Bielefeld. In der außerordentlichen Versammlung am 24. Januar widmete Vorsitzender Böchner den verstorbenen Kollegen Brinkmann (Bielefeld) und Steinbrück (Dresden) einen ehrenden Nachruf. Weiter gab er Kenntnis von der vollzogenen Gründung des Graphischen Vereins. Entschieden nahm die Versammlung davon Kenntnis, daß der Vorsitzende des hiesigen Prinzipalsvereins solchen Firmen, die ihrem Personal irgendwelche außerordentliche Zuwendungen machen, auf die eingegangenen Verpflichtungen verwies, keine außerordentlichen Zuwendungen an die Arbeiter zu gewähren. (Es verurteilt, daß zur Zahlung von Konventionalkonten Blankowechsel im Betrag von 5000 Mh. abgegeben seien.) Unsere Mitglieder sind nicht gewillt, sich dieses gegen Treu und Glauben verstoßene Gebaren länger bieten zu lassen, sondern sind der Meinung, daß es jedem Prinzipal überlassen bleiben muß, in dieser schweren Zeit für sein Personal etwas zu tun. Auch wurde gefordert, daß der Verbandsvorstand dafür sorgt, daß die Verhandlungen betreffs Ausgleich der enorm gestiegenen Preise für Brot, Kartoffeln usw. beschleunigt werden. Darauf erfolgte die Beratung der Anträge zur Generalversammlung. Von den eingegangenen Anträgen wurden fünf angenommen und dem Gausvorstand übermittelt. Die Anträge resp. Vorschläge des Verbandsvorstandes fanden im allgemeinen Zustimmung.

Bremen. (Maschinenleger.) Der hiesige Klub hielt am 25. Januar seine Generalversammlung ab. Bei Besprechung des Ergebnisses der letzten Tarifverhandlungen brachten die Nacharbeiter schwere Klagen vor, für die Haft einer Verbesserung eine Verkleinerung von etwa 30 Proz. des bisherigen Nachschlags eingetreten ist. Die Ursache dieser Verkleinerung liegt in der Staffelung der Bezahlung nach Stunden, während vordem ein gleichmäßiger Zuschlag (20 Proz.) gezahlt wurde. Die Arbeitszeit dauert hier in den Geschäften von 7 Uhr abends bis 3 1/2 Uhr nachts und es kommen ungefähr 40 Kollegen in Betracht. Die Kollegen brachten zum Ausdruck, daß es den Anseh'n habe, als wenn diesmal die Nacharbeiter das Kompensationsobjekt gewesen wären, auf deren Kosten ein Vorteil für die Allgemeinheit herausgeholt worden sei. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde entschieden Einpruch gegen die Beschlüsse über die Entlohnung und Staffelung für die Nacharbeiter erhoben und mit Bestimmtheit erwartet, daß bei der nächsten Tarifberatung unsere Gehilfenvertreter für bessere Bezahlung der Nacharbeit mit aller Energie eintreten. Zum wiederholten Male wurde die Forderung auf Einführung einer bedeutenden Verkleinerung der Nacharbeit und einer mindestens 40prozentigen Entschädigung für dieselbe erhoben. Die übrigen Punkte waren Vereinsangelegenheiten und Wahlen. Als Vorsitzender wurde Kollege Fr. Thölke wiedergewählt.

Düsseldorf. Am 18. Januar hatten sich auf vorher erfolgte Einladung eine Anzahl Kollegen zusammengefunden, um zu der Angelegenheit „Gründung einer Freien Faktorenvereinigung für den Bezirk Düsseldorf, B. d. O. B.“ Stellung zu nehmen. Kollege Franke gab in treffenden Worten ein klares Bild über den Zweck und die Ziele der Vereinigung, dabei betonend, daß es unbedingt notwendig sei, zur Erzielung günstiger Verhältnisse im Faktorenbau einen Zusammenstoß auf dem Boden des Tarifs herbeizuführen. Anschließend entwickelte sich eine rege Aussprache, in der durchweg die Notwendigkeit der Gründung zum Ausdruck kam. Die nun vorgenommene Abstimmung ergab ein sehr erfreuliches Resultat, denn alle anwesenden Kollegen stimmten einmütig für die Gründung der Freien Faktorenvereinigung für den Bezirk Düsseldorf, B. d. O. B. Als Vorsitzender wurde Kollege Franke und als Kassierer Kollege Montanus gewählt. Nach einigen ermahnenden Worten seitens des Vorsitzenden, trenn' zur Sache zu stehen und in der Werbung neuer Mitglieder nicht zu erlahmen, schloß der Vorsitzende die sehr interessante Versammlung.

e. Eiserfeld-Barmen. Die hiesige Ortsgruppe des Rheinisch-Westfälischen Korrektorenvereins befaßte sich in ihrer letzten Versammlung u. a. mit der regierungsseitig ins Auge gefaßten „Vereinbarung“ der deutschen Sprache und erblickte in der bis jetzt durchgeführten „Vereinbarung“ einen Rückschritt und eine Verbindung unfer schönen deutschen Muttersprache. Wohl ist eine Vereinbarung zu befürworten, dahineehend, daß die bisher auf zwei Arten (Groß- und Kleinschreibung) zulässigen Wörter klein geschrieben werden, um dadurch der bis jetzt bestehenden Ungewißheit ein Ende zu bereiten. Auf alle Fälle aber wird verlangt, daß bei den Beratungen der Deutsche Sprachverein sowie die Zentralkommission deutscher Korrektoren mit hinzugezogen werden. In der Lehrlingsfrage stellte sich die Versammlung auf den Standpunkt, daß dem Buchdruckerberuf nur solche Schulentwässerung zugeliebt werden, die ähnlich auf gute Lunge und tadellose Augen unterwacht sind und ein gutes Deutsches schreiben, damit der Nachwuchs sich nicht durch Verschwendung der vier Lehrsätze selbst schädigt. Die Ortsgruppe betrachtete es als moralische Pflicht eines jeden Buchdruckereibesizers, frei von egoistischen, fremden Dstern auf diese Punkte zu achten und die Aufnahme von jugendlichen Analphabeten und Schwindelveranlagten in den Buchdruckerberuf zu vermeiden.

Essen. (Stereotypen- und Galvanoplastiker.) Unsere am 25. Januar in Essen abgehaltene Bezirks-generalversammlung wies einen guten Verlauf auf. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten konnten wieder drei Ausnahmen vollzogen werden. Der Jahresbericht erstattete Kollege Harre. Der Mitgliederstand hob sich im Laufe des Jahres von 18 auf 36. Der Kassierbericht gab Kollege Schröder, dem Entlastung erteilt wurde. Der Gesamtvorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Eine lebhaft diskutierte riefen die Anträge zum Spartenkongress hervor. Es konnte festgestellt werden, daß sämtliche Anträge der übrigen Bezirke unseres Gaus die volle Unterstützung der hiesigen Spartenkollegen fanden. Nachdem unter „Berichtedem“ noch einige interne Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden, wurde die Anrede verlaufene Versammlung geschlossen.

Freiberg i. Sa. Am 24. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Des Hinscheidens des Druckereibesizers Joh. Rob. Gutmann, Mitbegründer unfer Ortsvereins, und unfer Gausverwalters Hermann Steinbrück wurde in gebührender Weise gedacht. Dem Vorsitzenden wurde der Jahresbericht erstattet. Der Mitgliederstand betrug am Schlusse des Jahres 72. Die Steuerungsunterlagen gelangten in allen Druckereien, in denen unsere Mitglieder stehen, ohne große Schwierigkeiten zur Einführung. Das unter Lokalaufschlag auch weiterhin nur 7 1/2 Proz. betragen soll, wurde allgemein über vermehrt. Ebenso enttäuschte es, daß man von Prinzipalsseite bezüglich einer Wirtschaftsbefähigung gar kein Entgegenkommen zeigte. Die Kollegen Göggel und Steyer wurden einstimmig ihres 25jährigen Verbandsjubiläums geehrt. Der im August v. J. gegründeten Typographischen Vereinigung gehören jetzt über 50 Kollegen an. Die Wahlen ergaben wiederum des gesamten Vorstandes. Nach Erledigung der reichhaltigen Tagesordnung wurde die gutverlaufene Versammlung geschlossen.

Mag. i. Sch. (S. S.) Unsere Generalversammlung am 23. Januar erfreute sich eines guten Verlaufes. Vorsitzender Gruppe begrüßte einige neue Kollegen sowie zwei Kollegen, die sich zur Aufnahme gemeldet hatten. Alsdann erfolgte der Schriftführer den Jahresbericht und anschließend der Kassierer den Kassierbericht. Aus dem Bericht ist zu entnehmen, daß der Mitgliederstand am Anfang des Jahres 17 betrug und sich Ende auf 28 gesteigert ist. Sodann schritt man zur Vorstandswahl. Neugewählt wurden Kollege Ulbrich als erster Vorsitzender, während Kollege Weber als Kassierer wiedergewählt wurde. Eine längere Debatte rief die Stellungnahme zur Generalversammlung hervor. Man einigte sich auf die Vorschläge des Bezirksvorstandes. Ferner schritt man noch zur Wahl einer Festkommission zur Vorbereitung der Feier des zehnten Stiftungsjubiläums. Man machte sich auch die Breslauer Resolution betreffs der Stellungnahme zur letzten Paritätsaufhebung zu eigen, die an das Tarifamt abgehandelt wurde. Schließlich wurden noch wirtschaftliche Angelegenheiten erörtert.

Hamburg. (Maschinenleger.) In der Generalversammlung am 25. Januar wurde eingangs der zehnjährigen Jubiläumstheile des ersten Vorsitzenden Pieczn h gedacht. Jahresbericht und Abrechnung fanden Zustimmung. Besondere Kritik erlief das Mißverhältnis zwischen Entlohnung und Steuerung. Nach Ergänzung des zweiten Vorsitzenden, des Schriftführers und eines Revisors wurde der Vorstand per Wahlomation wiedergewählt. Ein Vortrag über „Azeulengas“ mit anschließender Aussprache beschloß die Versammlung. Eine Angelegenheit betreffs Stellung von Sechsmaschinen wurde der Preisprüfungsstelle des Wucheramts übergeben.

Hfenbach a. M. (Schriftgießer.) Am 27. Januar hielt unser Vereinigung ihre Jahresversammlung im „Vindensfels“ ab. Dem Jahresberichte des Vorsitzenden wurde mit Interesse gefolgt. In den Vorstand wurden wiedergewählt als erster Vorsitzender Kollege Adam Schäfer und als Kassierer Friz Kehler. Der Kassierbericht gab Kassierer Kehler, wofür ihm Entlastung erteilt wurde. Am Schlusse gab es noch einige Erklärungen zum neuen Tarif, dessen Stelle durch die sprunghafte Steuerung als schon überholt erklärt wurden. Der Versammlungsbefuch war sehr gut und es wäre eine Freude, wenn man immer solch rege Beteiligung läße.

F. Stuttgart. Eine gutbesuchte Mitglieder-Versammlung fand am 26. Januar im „Gewerkschaftsbau“ statt. Nach Erörung von drei kriegsgefangenen Kollegen erstattete Kollege Schröder den Vorstandsbericht. Der Erhöhung des Ortsbeitrags von 5 auf 10 Pf. wurde nach kurzer Debatte zugestimmt und die Verköstigung des Gauvorstandes als Ausschuf der Mitgliederwahl Stuttgart mit allen gegen drei Stimmen vorgenommen. Die Rückvergütung von 1 Proz. der Beiträge an die Gauhalle und 1 Proz. an die Disziplinarkassierer wurde auf Antrag des Kollegen Stayer wieder wie in den Vorjahren beschloffen. Der gehilfenleilige Vorsitzende des Tarifschiedsgerichts Stuttgart, Kollege Kurz, gab einen kurzen Bericht über seinen Tätigkeit während der Jahre 1914/19, worauf die Neuaufstellung von Kandidaten zur Urwahl für den Bezirk des Stuttgarter Tarifschiedsgerichts erfolgte. Die Mitteilung des Vorsitzenden über die von der Zentralarbeitsgemeinschaft beschlossene Steuerungsulage für Brot und Kartoffeln löste eine lebhaft, mitunter recht feürnliche Debatte aus. Eine Reihe von Rednern griff heftig ein, eringelt, Prinzipalsleistung und auch Gau- und Verbandsvorstand an, weil die Berücksichtigung nur dieser beiden Lebensmittel absolut ungenügend sei und weil die Buchdrucker wieder einmal geduldiig warten wollten, statt mit der Steuerung und den Lohnerhöhungen der übrigen Arbeiterklasse einigermaben Schritt zu halten. Ein von vierzehn Kollegen unterzeichneter Antrag kritisierte lebhaft

diesen Zustand und forderte von der Gauleitung, die Forderung einer 100prozentigen Lohnerhöhung ab 1. Januar 1920 bei der Stuttgarter Unternehmerrchaft aufzustellen. Der Antrag wurde nach lebhafter Diskussion angenommen, desgleichen ein weiterer Antrag, der die Einberufung einer Verammlung des ganzen graphischen Gewerbes durch das graphische Tarifamt verlangt mit der Tagesordnung: „1. Wirtschaftliche Lage im Gewerbe. 2. Betriebsrätegesetz“. Die Besprechung von Anträgen zur Generalversammlung des Verbandes wurde der vorgeschriebenen Zeit halber verlohben. — Auch eine am 19. Januar abgehaltene Vertrauensmänner-Versammlung, die zur Regelung einer Anzahl verlohben Fragen einberufen war, fand fast ausschließlich unter dem Zeichen der Steuerung und verlangte in einer Entschloßung von der Regierung sollemalliche Anpassung der Löhne an die jeweiligen Preise der nötigsten Lebens- und Bedarfsartikel.

Bad Wödingen. Wegen Verweigerung des tariflichen Lohnes haben die Gehilfen in den Druckereien E. Funk und P. Pusch am 1. März die Arbeit niedergelegt.

o o o o o Rundschau o o o o o

Buchdrucker in öffentlichen Diensten. Als Schöffen wurden ausgestellt in Königsberg Felix Tramp; in Öttingen Wilhelm Fabulch; in Kaiserlautern Franz Rheinheimer und Friedrich Schlemmer.

Verleuerung der Materialpreise im Setzungs-gewerbe. Eine Gegenüberstellung der Kosten der zur Setzungsstellung benötigten Materialien dürfte auch für die Gehilfenchaft zur Beurteilung der Gesamtsituation von Interesse sein. Es kosteten vor dem Krieg und jetzt:

	21.	22.	Zuschlag
Druckpapier . 100 kg	21,—	200,—	= 825 Proz.
Druckfarbe . 100 „	38,—	280,—	= 637 „
Metal . 100 „	42,—	900,—	= 2043 „
Maschinenöle 1 „	—,40	7,25	= 1553 „
Drucktücher . 1 St.	1,18	10,—	= 747 „
Luftkühle . 1 t	225,—	1860,—	= 726 „
Braunkohle . 1 t	127,50	1700,—	= 1233 „

Auch ein Zeichen der Zeit. Ein bedenkliches Zeichen von Schmuckkonkurrenz bewies kürzlich der „Westfälische Volksfreund“ in Hamm (Firma Breer & Thiemann) bei der Realkulation des hiesigen Haushaltungsplanes der Stadt Soest. Selbige Firma hat nämlich in Soest eine Buchhandlung. Die Forderung des „Soester Arbeitsblattes“ und „Soester Anzeigers“ betrug 4625 Mh. bei 7 1/2 Proz. Lokalaufschlag, während die genannte Firma sich zur Herstellung des Haushaltungsplanes für 1920 Mh. bei 17 1/2 Proz. Lokalaufschlag bereit erklärte. Um den großen Preisunterschied nochmals prüfen zu lassen, hatten sich die beiden Soester Zeitungen an die Preisprüfungsstelle in Leipzig gemaht mit der Bitte um Nachkalkulation. Jetzt ist der Bescheid von Leipzig eingetroffen, daß das Werk bei 7 1/2 Proz. Lokalaufschlag ungefähr 4750 Mh. kostet. Hieran kann man mal wieder sehen, wie sich gewisse Firmen nicht scheuen, in schlimmster Schmuckkonkurrenz zu machen; sobald aber eine gerechte Forderung der Gehilfenchaft kommt, sind sie die ersten, die den Gehilfen Schwierigkeiten machen. Nachträglich hat die Firma ihr Angebot auf 3000 Mh. erhöht. Es handelt sich um 78 Seiten (ohne Titel), ungefähr 50—55 Seiten Tabellen, Großquart.

Streik der Buchdruckereihilfsarbeiter in Leipzig. Wegen Lohnunterschieden haben die Hilfsarbeiter in den meisten Leipziger Betrieben, darunter die größten die Arbeit niedergelegt. Nachdem die aufgestellten Forderungen in acht Betrieben mit etwa 300 Hilfsarbeitern bewilligt worden sind, befinden sich noch etwa 1100 Arbeiter im Ausstande. Wie wir hören, soll der Schlichtungsausschuf um Anbahnung von Verhandlungen ersucht werden.

Sechsmaschinen auf Dampfern. Einer Mitteilung der Linotype-Co. zufolge hat die englische Dampfergesellschaft Cunard-Linie auf mehreren Oceanlinen Sechsmaschinen angewendet. Schon während des Krieges hatte das Admiralschiff „Melville“ der amerikanischen Flotte eine Linotype in Betrieb.

Nachrichten für Ein- und Auswanderer. Für Brasilien ist in Sao Paulo, Praça Joao Mendes Nr 5 eine Einwandererstelle errichtet, mit der ein Stellenverzeichnis verbunden ist. Für kaufmännisches Personal sind die Ausstellungen zur Zeit sehr schlecht. Wie sehr gegenüber allen nicht absolut sicheren und einwandfreien Angeboten an Auswanderungslustige Voricht am Plage ist, lebrt das Schicksal jener Auswanderer, die vor einigen Wochen auf eine Anzeiger der brasilianischen Regierung hin sich zur Ausreise entschlossen. Bereits an der holländischen Grenzstation stießen sie auf Schwierigkeiten; mehr als die Hälfte von ihnen mußte zur deutschen Grenzstation zurückkehren und dort wochenlang liegen. Ob sie überhaupt alle später weiterberfordert worden sind, ist nicht bekannt geworden. Wenn das schon möglich ist in Fällen, wo es sich um eine doch immerhin von staatlicher Seite veranlaßte Auswanderung handelt, dann kann man daraus schließen, wie es Leuten ergehen kann, die auf eigene Faust oder auf Veranlassung eines der vielen zweifelhaften Auswanderungsunternehmen so folgen schwere Schritte unternehmen. Demnach dürfte ein direkter Dampferdienst Hamburg—Brasilien eingerichtet werden. Verhältnismäßig günstig lauten die Nachrichten für Antrieber auf Ecuador. Es gibt im Lande weite Gebiete, die auch für den Nordeuropäer klimatisch erträglich sind. Das Land ist sehr dünn bevölkert, allerdings waren bis vor dem Kriege auch die Verkehsmöglichkeiten außerordentlich spärlich entwickelt. Die Industrie- und Gewerkschaften sollen über leidlich gute Gewerkschaften verfügen.